

WAHLMANIFEST 2009

JSL

JEUNESSES SOCIALISTES

JEUNESSES SO

***Jonk. Rout. Progressiv.
Mir paken et un.***



JSL

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	S.3
Kapitel 1 Eigenständige Lebensgestaltung.....	S.5
1 Bessere Bildung und Ausbildung.....	S.5
1.1 Gleiche Chancen für alle.....	S.5
1.2 Eine offene Schule, die auf die Welt von Morgen vorbereitet.....	S.5
1.3 Bessere Information und Orientierung – Jeder hat das Recht auf eine zweite Chance.....	S.8
1.4 Eine starke Universität für Luxemburg.....	S.9
2 Recht auf ein Eigenheim.....	S.11
3 Teilnahme an der Gesellschaft.....	S.13
4 Mobilität verbessern.....	S.14
5 Kultur für alle.....	S.15
6 Ehrenamtliche Arbeit besser anerkennen.....	S.17
Kapitel 2 Tolerante und gerechte Gesellschaft.....	S.18
7 Bessere Lebensqualität für alle Bürger.....	S.18
7.1 Chancengleichheit für Frau und Mann.....	S.18
7.2 Chancengleichheit für Personen mit Behinderung.....	S.19
7.2.1 Selbstbestimmte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.....	S.19
7.2.2 Integration statt Ausgrenzung.....	S.19
7.3 Chancengleichheit für alle Partnerschaften.....	S.19
7.3.1 Neugestaltung des Adoptionsrechts.....	S.20
7.4 Chancengleichheit für das 3. Alter – Lebensqualität von älteren Menschen bewahren.....	S.21
8 Luxemburg eine multikulturelle Gesellschaft.....	S.22
8.1 Einwanderung und Integration.....	S.22
8.1.1 Migration als Chance für Luxemburg.....	S.22
8.1.2 Bessere Bildungschancen anstelle sozialer Selektion.....	S.22
8.1.3 Partizipation statt soziale Ausgrenzung.....	S.23

9	Religionsneutraler Staat: Religion ist Privatsache.....	S.24
10	Effektive Drogenpolitik: Drogenabhängige sind keine Kriminelle.....	S.25
11	Sicherheit in Freiheit.....	S.27
11.1	Überwachung ist kein Allheilmittel: Prävention statt Repression.....	S.27
11.2	Eine moderne Justiz.....	S.29
12	Abtreibung ist ein Recht und keine kriminelle Tat.....	S.30
12.1	Prävention statt Sanktion.....	S.30
Kapitel 3 Konzept der Nachhaltigkeit.....		S.31
13	Ökonomische Nachhaltigkeit.....	S.31
13.1	Die soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert.....	S.31
14	Die ökologische dauerhafte Entwicklung.....	S.33
14.1	Energiewende und Schutz der Umwelt.....	S.33
14.2	Gute Arbeit dringend gesucht.....	S.34
Kapitel 4 Europa und der Rest der Welt.....		S.35
15	Soziales Europa und wirtschaftliche Entwicklung.....	S.35
16	Europa und die Jugend.....	S.36
17	Europa und soziale Rechte.....	S.36
18	Europa und die Umweltpolitik.....	S.37
19	Europa besser verstehen.....	S.38
20	Europa und Luxemburg.....	S.39
Kapitel 5 Die Jugend am Rande der Gesellschaft.....		S.40
21	Jugendarbeitslosigkeit.....	S.40
21.1	Reform der ADEM.....	S.40
21.2	Ausbildung mit Zukunft.....	S.40
22	Ausgrenzung junger Menschen.....	S.41
22.1	Armutrisiko.....	S.41
22.2	Jugendgewalt.....	S.43
22.3	Minderjährige Obdachlose – Wenn die Strasse zum Zuhause wird.....	S.43
22.4	Minderjährige im Gefängnis.....	S.44
22.5	Eine angemessene psychiatrische Behandlung für Jugendliche.....	S.45

Einleitung

Die Jeunesses Socialistes Luxembourgeoise (JSL) als linke Jugendbewegung stellt sich dieselben Fragen, wie die junge Generation von heute. Wir Jungsozialisten wollen nicht einfach hinnehmen, dass über unsere Zukunft entschieden wird, ohne uns zu fragen. Wir möchten mitreden und mitgestalten. Die Grundwerte des Sozialismus; Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bilden die Basis und das Ziel unseres politischen Handelns. Demokratie ist notwendig. Jeder Bürger trägt die Verantwortung für sein Leben.

Neben aktuellen Schwerpunkten, setzen die JSL sich vor allem für Themen ein, die besonders Menschen betreffen die in unserer Gesellschaft benachteiligt werden. Jugendliche sollen in den politischen Entscheidungsprozess miteingebunden werden, vor allem in Bereiche die sie selbst betreffen. Wir wollen unserer Generation bessere Perspektiven bieten, einen gesicherten Arbeitsplatz mit festem Einkommen und ein eigenes Zuhause, um eine eigenständige Lebensplanung und individuelle Lebensführung verwirklichen zu können.

Wir setzen uns für einen Sozialstaat ein, der Armut bekämpft, den Bürgern gleiche Möglichkeiten auf ein selbstbestimmtes Leben bietet, Teilnahme am öffentlichen Leben gewährleistet und soziale Gefahren absichert. Wir glauben an das Miteinander der Kulturen und die Gleichstellung von Frau und Mann. Unsere Unterstützung gilt insbesondere den Schwächsten in unserer Gesellschaft und deren Mitglieder, die selbst über kein Mitspracherecht verfügen. Wir setzen uns für die Öffnung des Wahlrechts von Jugendlichen und Nicht-Luxemburger ein.

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zählt für die JSL zu den wichtigsten Herausforderungen der heutigen Zeit. Kinder aus bildungsfernen Schichten oder aus Migrationsfamilien dürfen nicht weiterhin mit schlechteren Chancen starten. Das Bildungssystem muss so umgestaltet werden, dass soziale Inklusion ermöglicht wird. Junge Erwachsene ohne Schulabschluss dürfen nicht dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt bleiben. Die Nachqualifizierung arbeitsloser Jugendlicher muss als zweite Chance begriffen werden.

Es gilt die Wirtschafts- und Finanzkrise zu meistern und den Menschen durch eine stabile Wirtschaft zu sicheren Arbeitsplätzen zu verhelfen. Wir brauchen eine starke

Regierung und keine Experimente. Nachhaltige Entwicklung, die ökonomische, ökologische und soziale Zielsetzungen integriert, muss zur politischen Priorität erklärt werden. Umsetzung energiepolitischer Ziele, Forschung und Entwicklung zum Aufbau eines nachhaltigen Energiesystems und soziale Sicherheit, sollen das Leitbild der Nachhaltigkeit bestimmen. Auch sind effiziente langfristige Mittel gegen den Klimawandel gefordert.

Neben den nationalpolitischen Feldern, hat für die JSL auch die Europapolitik einen hohen Stellenwert. Es gilt unser Europa zu stärken und sozial zu gestalten. Fairer Wettbewerb und Innovation sollen die soziale Marktwirtschaft vorantreiben. Wir wollen, dass Europa eine positive Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung gibt.

Kapitel 1 Eigenständige Lebensgestaltung

1 Bessere Bildung und Ausbildung

1.1 Gleiche Chancen für alle

Jeder Mensch hat Recht auf Bildung. Die JSL setzen sich daher dafür ein, dass jeder die Chance bekommt die Ausbildung zu erhalten, die ihm zusteht. Jeder soll ein Diplom erhalten können, das seinen Fähigkeiten, seinem Können und Wissen entspricht. Das Luxemburger Schulsystem muss zur Entfaltung der Persönlichkeit eines jeden Schüler beitragen, indem es ein Lern- und Lebensklima fördert, das an die Schüler angepasst ist.

Die Jusos setzen sich also für ein Schulsystem ein, das jedem Kind die gleichen Chancen gibt. Dies kann nur durch das öffentliche Schulsystem gewährleistet werden. Nur mit einer starken öffentlichen Schule ist gesichert, dass auch in Zukunft Diplome leistungsbezogen vergeben werden. Jeder Schüler muss die gleichen Chancen und Zugangsmöglichkeiten zu einem qualitativ hochwertigen Unterricht erhalten. Daher muss die öffentliche Schule Garant bleiben für ein kostenloses Schulsystem für alle.

In der Schule muss jeder Schüler gezielt unterstützt werden und daher müssen die Bemühungen um ein gerechteres Bewertungssystem, das in der letzten Legislaturperiode realisiert wurde, weitergeführt werden. Die Luxemburger Schulen sind gekennzeichnet durch eine sehr heterogene Schülerpopulation mit unterschiedlichem sprachlichem und geographischem Hintergrund. Dieses Zusammentreffen verschiedener Kulturen in der Schule bedeutet eine Bereicherung und eine nötige Öffnung der Luxemburger Gesellschaft. Deshalb setzen sich die JSL dafür ein, dass jeder die Chance haben soll, im luxemburgischen Schulsystem eingeschult und individuell betreut zu werden. Die Jungsozialisten sind gegen eine Gettoisierung verschiedener Schulen oder schulischer Laufbahnen, die sich explizit an Luxemburger oder Schüler mit Migratonshintergrund richten. In demselben Sinn wünschen die Jusos, dass auch Kinder mit einer Behinderung, soweit dies nur möglich ist, in der Regelschule eingeschult werden.

1.2 Eine offene Schule, die auf die Welt von morgen vorbereitet

Die JSL unterstützen die Ausweitung der Ganztageschulen und –modelle. Solche Einrichtungen sind heute unabhkömmlich in einer Gesellschaft, wo oft beide Eltern

arbeiten. Ganztageschulen sind auch ein Mittel um soziale Kontakte der Schüler mit gleichaltrigen aus anderen sozialen Hintergründen zu fördern. Die Luxemburger Schulen müssen sich in Zukunft, noch stärker als bisher dadurch auszeichnen, dass Schüler mit verschiedenen sozialen Herkunft eine gemeinsame Schule besuchen.

Die Jungsozialisten unterstützen die Einführung des Kompetenzunterrichtes und die Ausweitung des Projektunterrichts. Der Unterricht nach Kompetenzen ermöglicht es jeden einzelnen Schüler gezielter zu fördern. Es ermöglicht vor allem ein positiveres Bewertungssystem, in dem die Schüler nicht nach ihren Fehlern, sondern nach ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten bewertet werden. Der Projektunterricht, der es ermöglicht ein Thema über verschiedene Wege anzugehen und wobei verschiedene Kompetenzen angesprochen werden, trägt darüber hinaus dazu bei, die Interdisziplinarität zu fördern und so die klassische, manchmal von der Realität entfernten, Trennung der Fächer zu relativieren. In diesem Sinn sind die zurzeit durchgeführten Reformen die weitergetrieben werden müssen, ein Schritt in die richtige Richtung, um die Schüler besser zu motivieren. Jedoch dürfen wir nicht vergessen, dass die Allgemeinbildung auch heute noch ein wichtiger Bestandteil des Unterrichts ist. Vor allem fürs Universitäts- und Hochschulstudium sind nicht nur Kompetenzen sondern auch Wissen gefragt. Da es in Luxemburg einen Mangel an Universitären gibt, sind die JSL der Meinung, dass die Wissensaneignung im klassischen Sinn in den höheren Klassen des Sekundarunterrichts auch weiterhin eine Rolle spielen soll. Gruppenarbeiten, Projektunterricht, eigenständiges Arbeiten und mündliche Examen sollten während der gesamten Schulzeit stärker gefördert werden als bisher.

Die JSL machen sich ebenfalls stark für eine gewählte Schülerversammlung in den einzelnen Lyzeen (Schülerkomitees) und auf nationaler Ebene (Conférence national des élèves), die ein wirkliches Mitspracherecht haben muss. Der finanzielle und organisatorische Rahmen für solche Organisationen muss durch das Unterrichtsministerium geschaffen werden. So sollten sowohl die Schülerkomitees als auch die Nationale Schülerkonferenz über die zur ihrer Funktion nötigen finanziellen Mitteln verfügen. Die Nationale Schülerkonferenz sollte unabhängig vom Unterrichtsministerium Informationskampagnen in den Schulen veranstalten können. Die Schüler sind heute nicht ausreichend über ihre Rechte informiert. Das ist für die JSL inakzeptabel.

Alternative Schulmodelle müssen auch weiterhin gefördert werden. Pilotprojekte wie das *Neie Lycée* oder *Eis Schoul* (in der Stadt Luxemburg), gewährleisten heute eine pädagogische Vielfalt im öffentlichen Schulsystem. Darüber hinaus bieten solche Projektschulen die Möglichkeit neue Wege im Unterricht zu gehen und auszuprobieren, die später auf das ganze Schulsystem ausgeweitet werden können. Konzepte wie das *Schengenlyzeum*, das Schüler aus Luxemburg und Deutschland zusammenbringt, sind eine interessante Möglichkeit, die europäischen Ideale in Praxis umzusetzen.

In einer pluralistischen Demokratie wie wir sie in Luxemburg haben, ist es unverantwortlich, einer Religion den Vorrang über alle anderen Glaubensrichtungen in der Schule zu lassen. Die Vielfalt der Glaubensgemeinschaften, wie wir sie heute in Luxemburg kennen, lässt das Bestehen des katholischen Religionsunterrichts in der Schule als total überholt erscheinen. Vor allem aber ist es nicht an der Schule, den Schülern einen Glauben zu vermitteln, sondern sie im Sinne der Allgemeinbildung über die Vielfalt der Weltanschauungen und Glaubensrichtung zu informieren.

In unserer Zeit, wo Intoleranz und Unwissen über den Anderen zu Angst und Konflikten führen, muss nun auch in den Luxemburger Schulen ein neutraler und objektiver Werteunterricht für alle Schüler eingeführt werden. Dieser Unterricht sollte über die bestehenden Glaubensgemeinschaften aufklären und so jedem einzelnen die Möglichkeit geben, informiert über seinen eigenen Glauben nachzudenken und zu entscheiden. Dieser Kurs sollte aber vor allem eine Einführung in die Funktionsweise unserer Demokratie sein. Die Grundlage für einen solchen Unterricht könnten die Menschenrechtserklärung und die Luxemburger Verfassung liefern.

Politische Bildung gehört für die JSL darüber hinaus generell in den Schulunterricht, wo den Schülern die Funktionsweise unserer Demokratie, insbesondere der nationalen und europäischen Institutionen, sowie die allgemein gültigen Rechtsprinzipien nähergebracht werden muss. Die Schüler müssen die nötigen Elemente erlernen, die es ihnen ermöglichen sollen sich in der heutigen Welt zurechtzufinden. Es ist nötig, ihren kritischen Blick auf ihre Umgebung zu schärfen. Es ist heute unabkömmlich die Jugend zu einem kritischen Umgang mit den Medien anzuregen. Sowohl eine verantwortungsvolle Benutzung des Internet, wie die Deutung und Interpretation durch Fernsehen, Rundfunk und Zeitungen verbreiteten Informationen, sind nicht selbstverständlich und müssen auch in der Schule

thematisiert werden. Ein Fach über Medienkompetenz sollte so auch den zu schaffenden, einheitlichen Bürgerkundeunterricht, welcher den Religions- und Laienmoralunterricht ersetzen wird, ergänzen.

1.3 Bessere Information und Orientierung – Jeder hat ein Recht auf eine zweite Chance

Die JSL setzen sich seit Jahren für den Ausbau des Orientierungssystems in den Lyzeen ein. Eine dafür zuständige Stelle muss in allen Lyzeen geschaffen werden. Diese Anlaufstellen sollten viel stärker als bisher mit der Wirtschaft und den Universitäten zusammenarbeiten, um den Schülern richtige und hilfreiche Informationen zukommen zu lassen. Darüber hinaus sollte jeder Schüler in regelmäßigen Abständen die Gelegenheit bekommen, von einem „conseiller à l'orientation“ beraten zu werden. Freiwillige, kurzzeitige Praktika sollten vielmehr gefördert werden und die Lyzeen sollten in dieser Hinsicht stärker als bisher eine Vermittlerrolle übernehmen.

Diese Orientierungsinstanzen, aber auch die Schule im Allgemeinen, sollte stärker den Schülern die Wirtschaftswelt nahe bringen und sie mit den realen Arbeitsbedingungen in Kontakt zu setzen. Aber auch mit der Universität Luxemburg sollte die Zusammenarbeit verstärkt werden, um so den Schülern eine angemessene Vorstellung der Studien zu geben, denen sie nachgehen könnten. Die Forschung sollte auch in der Schule stärker thematisiert und eingebunden werden, sei es durch die Zusammenarbeit mit Initiativen wie *Jonk Fuerscher* oder durch die regelmäßige Einladung von Forschern.

Die Jusos fordern auch, dass den Lehrlingen reale Bildungschancen geboten werden sollten und verlangen, dass die nötigen Ausbildungsplätze in den Betrieben geschaffen werden. Die praktische Ausbildung in den Betrieben muss hochwertig sein. Auch hier müssen die Schulen – genau wie bei den Praktika – stärker mit den Betrieben zusammenarbeiten, um zu gewährleisten, dass die Ausbildung in den Betrieben in der Kontinuität und Komplementarität mit der Schulausbildung steht.

Viele Schüler verlassen heute die Schule ohne Abschluss. Diesen Schulabgängern sollte effektiver geholfen werden. Ihre Probleme in der Schule müssen frühzeitig erkannt werden und eine angepasste Unterstützung muss angeboten werden. Darüber hinaus fordern die Jungsozialisten die Ausweitung der Möglichkeiten, einen

Schulabschluss nachzuholen. Viele Leute, die arbeiten können ihren Arbeitsplatz schon aus finanziellen Gründen nicht aufgeben, um wieder die Schulbank zu drücken. Deshalb unterstützen die JSL Initiativen wie das e-bac, das es den Leuten ermöglicht, ihren Sekundarabschluss durch ein Fernstudium nachzuholen. Darüber hinaus, sollte es auch möglich seine Hochschul- und Universitätskurse nicht nur über Tages- oder Abendkurse belegen zu können, sondern auch über Fernstudien. Die Jungsozialisten würden es begrüßen, wenn die Universität Luxemburg auch Fernstudien mit engen Kontakten zu Tutoren der Universität anbieten würde.

1.4 Eine starke Universität für Luxemburg

Die JSL setzen sich ein für den konsequenten Ausbau der „Université du Luxembourg“. Neben den bestehenden Bachelor Lehrgängen heißt es nun, ehrgeizige Masterlehrpläne zu entwerfen, die dem Standort Luxemburg ermöglichen sollen, ein Zentrum für akademische Lehre in der Großregion zu werden. Nicht nur wissenschaftliche Fächer, wie Physik und Chemie, oder wirtschaftlich „rentable“ Lehrgänge, wie Jura und Finanzwesen im Kontext des Bankenplatzes Luxemburg, müssen ausgebaut werden, sondern auch die Geistes- und Sozialwissenschaften, die zur Analyse der spezifisch luxemburgischen Gesellschaft beitragen, müssen fester Bestandteil der akademischen Lehrgänge sein.

Die Jusos fordern auch die schnelle Umsetzung der Baupläne für die Universität auf dem Site Belval, um den Studenten und Forschern angemessene Arbeitsbedingungen zu geben. In diesem Zusammenhang sollte auch, sobald die Staatsfinanzen dies wieder zulassen, die Universitäts- und Nationalbibliothek sowie das Nationalarchiv in neue Gebäude einziehen können. Einen gebührenden Zugang zu diesen zwei Institutionen ist unabkömmlich für eine Universität.

Die Universität Luxemburg ist heute schon zu einem Magnet für Studierende aus der Großregion, aber auch aus weiter entfernten Gegenden geworden. Es ist deshalb notwendig, bezahlbare Studentenwohnungen in Luxemburg zu schaffen. Auf dem privaten Wohnungsmarkt ist es heute für einen Studenten sehr schwierig eine erschwingliche Wohnung zu finden. Die JSL setzen sich dafür ein, dass der Staat und die betroffenen Gemeinden Studentenwohnungen in der Nähe der Universitätsstandorte zu Verfügung stellen.

Um den Aufenthalt aller Studenten an der Universität Luxemburg zu vereinfachen, sollten auch die administrativen Anlaufstellen, in Bezug auf Öffnungs- und Wartezeiten in den einzelnen Sekretariaten der Universität, besser organisiert werden. So sollte das administrative Personal aufgestockt werden. Darüber hinaus sollten die Einschreibungsprozeduren, die Optionswahl, das Bestellen von Einschreibungsbescheinigungen und andere administrative Prozeduren optimaler über die Internetanlaufstelle abgewickelt werden können.

Universitäts- und Hochschulstudien müssen auch für jeden, der den akademischen Aufnahmebedingungen entspricht, zugänglich sein. Finanzielle Not darf keinen daran hindern, zu studieren. Deshalb erinnern die JSL an ihre langjährige Forderung der Eigenständigkeitszulage für Jugendliche um ihnen zu mehr Unabhängigkeit zu verhelfen. An der Universität Luxemburg, wo heute auch viele Studenten aus finanziell niedrig gestellten Familien ihr Studium anfangen, dürfen Studiengebühren nicht zu einem Hindernis für Studierende werden. So sollte auch die staatliche Studienhilfe noch gezielter als bisher an weniger bemittelte Studenten gehen und noch besser an die einzelnen Situationen angepasst werden.

Die Universität Luxemburg muss in ihren Forschungsbestrebungen intensiv unterstützt werden. So sollten Doktoranten und Post-Doktoranten einen stabilen und attraktiven Forschungsrahmen vorfinden können. Es gilt daher nicht nur finanzielle Anreize zu schaffen, sondern auch zu gewährleisten, dass kompetente und international anerkannte Forschungsleiter und Promotoren an der Universität Luxemburg für die nötigen Rahmenbedingungen für Forscher sorgen. In diesem Sinn, ist es wünschenswert, dass die Universität Partnerschaften mit ausländischen Universitäten eingeht um sich so auch an großen, europäischen Forschungsprojekten zu beteiligen.

In den naturwissenschaftlichen Fächern wie Physik und Chemie darf aber auch die Zusammenarbeit mit der Industrie kein Tabuthema sein, um aufwendige Projekte finanzieren zu können. Die Grundlagenforschung („recherche fondamentale“) darf aber auch nicht vernachlässigt werden. Öffentliche Forschungsinstitute („centres de recherche publics“) müssen auf eine ausreichende Finanzierung und Unterstützung seitens des Staates zählen können. So sollte sich überlegt werden, noch stärker als bisher, Kompetenzzentren nach Sparten und Forschungsschwerpunkten zu schaffen. Konzepte wie das „Technoport Schlassgoart“ in Esch, das mit dem Centre de recherche public Henri Tudor assoziiert ist, könnten als Beispiele dienen. Vor allem,

aber nicht nur in den Sozialwissenschaften ist es unabhkömmlich, unabhängige Studien durchführen zu können. Da die Luxemburger Gesellschaft in ihrer soziologischen Zusammensetzung einzigartig ist, ist es notwendig, dass an der Universität Luxemburg starke Forschungskompetenzen verfügbar werden, um diese zu analysieren.

Um der Universität Luxemburg zu ermöglichen ein überregionales wissenschaftliches Zentrum zu werden, müssen aber auch die Dienstleistungen für Personal und Studenten ausgebaut werden. Neben dem schon erwähnten Ausbau der Wohnmöglichkeiten, müssen auch Initiativen ergriffen werden um zu gewährleisten, dass die private Situation der Studierenden und Forscher nicht zu einem Hindernis werden. So sollte zum Beispiel die Universität Luxemburg eine Kindertagesstätte auf die sowohl das Personal als die Studierenden zurückgreifen könnten, zur Verfügung gestellt werden.

Schlussendlich fordern die Jusos das Schaffen von gewählten Studenten-, Forschern- und Lehrervertretungen an der Universität Luxemburg, wie das überall im Ausland der Fall ist. Demokratisch gewählte Gremien alleine garantieren ein reales und legitimes Mitspracherecht aller Beteiligten an den Führungsgremien der Universität.

2 Recht auf ein Eigenheim

Jeder Mensch hat Anspruch auf bezahlbaren Wohnraum. Seit Jahren, machen die Jungsozialisten auf die negative Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt aufmerksam. Dabei ist ein Dach über dem Kopf ein existenzielles Bedürfnis aller Menschen, auch derer, die sich die übliche Miete nicht leisten könnten. Die Politiker müssen für bezahlbare Wohnungen in unserem Land sorgen.

Besonders für junge Erwachsene und junge Familien besteht ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Für Haushalte mit niedrigem Einkommen und Vermögen bleibt das Eigenheim meist nur ein unerreichbarer Traum. Ein Eigenheim darf aber in Luxemburg nicht zu einem Luxus für wenige Besserverdienende werden.

Die Siedlungsentwicklung und Wohnpolitik darf nach Meinung der JSL nicht allein dem Markt überlassen werden, wobei die Bürger die Folgekosten zu tragen haben. Mit der Annahme des „Pacte Logement“ wurden bereits erste Schritte unternommen, jedoch wurden wichtige Akzente ignoriert. Die Wohnungsnot von jungen Menschen und

jungen Familien wurde in dieser politischen Initiative überhaupt nicht zur Kenntnis genommen.

Laut einer rezenten CEPS-Studie leben 63% der Bürger zwischen 18 und 29 Jahren noch zu Hause bei ihren Eltern. Ohne Eigenheim ist es für junge Menschen schwierig, eine eigenständige Lebensplanung und individuelle Lebensführung zu verwirklichen. Konkrete Maßnahmen müssen angestrebt werden, um gerade jungen Menschen ohne Eigenkapital zu einer bezahlbaren Wohnung zu verhelfen.

Die Jungsozialisten schlagen daher folgende Initiativen vor:

- **Versicherungskautio n für den Besitzer:** Versicherungsvertrag zwischen Besitzer und z.B. dem Staat und einem Privatversicherer, der garantiert, dass bei einer Zahlungsunfähigkeit des Mieters, dem Besitzer die Kautio n vom Staat zurückerstattet wird. Der „ehemalige“ Mieter muss die Summe an den Staat innerhalb von 3 Jahren zurückzahlen,
- **Mietzuschüsse für sozial schwache Haushalte:** Zuschüsse in Form von Wohnungsgeld für finanziell schwache Mieter, z.B.: allein stehende Mieter oder junge Familien mit niedrigem Einkommen. Zusätzlich können die Betroffenen einen Sozialarbeiter in Anspruch nehmen, der die Familie über einen längeren Zeitraum beraten und begleiten kann, bzw. im Fall von Überschuldung der Familie oder langjähriger Arbeitslosigkeit,
- **Gemeinschaftliches Wohnen:** Wohnungseigentum durch gemeinschaftlichen Wohnungsbau über attraktive Programme fördern,
- **Wohnen durch Helfen: Alt hilft Jung & Jung hilft Alt:** Miete nicht in Form von Geld, sondern in Form von Hilfsleistungen abgeglichen. Die einzelnen Aufgaben und Verpflichtungen beider Parteien müssen im Vorfeld in einem Vertrag festgelegt und beschrieben werden. Dieses Konzept soll über öffentliche Projekte unterstützt werden.
- **Aufteilung der Kosten beim Wohnungsbau:** erlaubt die Bezahlung zu zwei verschiedenen Zeitpunkten: zuerst den Bau des Hauses und später die Baufläche.
- Die **Kirchenfabrik** soll aufgefordert werden Wohnungsgebäude zur Verfügung zu stellen und massiv in den Bereich von Sozialwohnungen zu investieren.

Erklärtes Ziel der Wohnungspolitik soll sein, bezahlbaren Wohnraum durch Ausweitung des Angebotes zu ermöglichen. Bei der Ausarbeitung von Entwürfen für Bebauungspläne, die Wohnbauflächen betreffen, ist zu prüfen, wie den sozialen Bedürfnissen der Bevölkerung, insbesondere denen von jungen Familien, Rechnung getragen werden kann. Die Jungsozialisten schlagen vor, dass die Bauträger ermutigt werden, gezielt im Sektor des preisgünstigen bzw. bezahlbaren Wohnungsbaus zu investieren. Es gilt gettoisierte Wohnviertel zu verhindern und Quartiers zu schaffen, die die soziale Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegeln. Frühzeitig müssen die erforderlichen Infrastrukturen, wie etwa Kindergartenplätze, die Nahversorgung und insbesondere die Verkehrsanbindungen bereitgestellt werden. Wie bereits erwähnt ist die Schaffung von Wohnraum für Studenten notwendig. Preiswerte Wohnungen müssen in der Umgebung des Universitätsstandorts für Studierende angeboten werden. Das aktuelle Angebot ist keineswegs ausreichend.

Aufgrund der Veränderungen der Altersstruktur unserer Bevölkerung ist zu erwarten, dass es auf dem Wohnungsmarkt auch für ältere Menschen mit kleinen Renten zu massiven Engpässen kommen wird. Ein Konzept, um diesem Sachverhalt entgegenzuwirken muss dringend erarbeitet werden.

3 Teilnahme an der Gesellschaft

Die Mitbestimmung junger Menschen ist eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Die JSL weisen darauf hin, dass der jungen Generation erlaubt sein muss, selbstständig und eigenverantwortlich zu handeln.

Die JSL stehen für das Wahlrecht ab 16 Jahren. Die Demokratie lebt von der Partizipation aller Bürger. Jungen Menschen unter 18 Jahren ist es aber nicht erlaubt, sich durch ihre Wählerstimme zu äußern. Sie haben keinen Einfluss daran, welche Parteien und welche Leute unser Land regieren sollen. Laut Gesetzesvorgabe dürfen junge Menschen mit 16 Jahren in vielen Fällen die Verantwortung für ihre Entscheidungen tragen, bspw. in den Stand der Ehe eingehen, aber auf politischer Ebene besitzen sie kein Entscheidungsrecht. Die Jusos fordern die Einführung des freiwilligen aktiven Wahlrechts ab dem 16. Lebensalter.

Durch die wachsende Umkehrung der Alterspyramide wächst die Gefahr, dass ein Ungleichgewicht zugunsten der älteren Bürger noch weiter zunimmt. Jugendliche sollen mitbestimmen dürfen, da Politik auch ihr Leben bestimmt. Sie sind noch immer

die besten Experten ihrer eigenen Lebenslage und sollen bei wichtigen politischen Entscheidungen konsultiert werden. Viele Erwachsene würden junge Leute so mit ganz andern Augen sehen. Das Selbstbewusstsein der Menschen unter 18 Jahren würde steigen und Politiker würden ihre Probleme ernster nehmen, wenn sie auf die Stimmen der 16-jährigen Bürger angewiesen wären. Jugendliche würden so zur Teilnahme an Wahlkampfdiskussionen angeregt werden, das zur Abnahme der Politikverdrossenheit führen könnte.

Die Anpassung des Wahlalters auf 16 Jahre und die damit verbundene demokratiepolitische Stärkung der Jugend setzt nach Ansicht der JSL, eine einheitliche politische Bildung im Schulsystem voraus. Den Jugendlichen soll der Erwerb von politischen Kompetenzen ermöglicht werden. Sachkompetenz, Urteilsvermögen und Handlungsfähigkeit, wie auch der kompetente Umgang mit Medien sollen erworben werden, um junge Menschen zu einer selbst bestimmten und verantwortungsvollen Lebensgestaltung sowie zum gestaltenden Mitwirken in der demokratischen Gesellschaft zu befähigen. Jugendliche sollten durch politische Bildung in die Lage versetzt werden, sich jene Kompetenzen anzueignen, die ihnen erlauben, selbstbestimmtes politisches Denken zu entwickeln, wie auch an politischen Prozessen aktiv teilzunehmen. Junge Menschen sollen verstärkt zur Toleranz und zu demokratischem Verhalten motiviert werden. Ihnen soll die Achtung vor unserer demokratischen Grundordnung vermittelt werden. Sie sollen über aktuelle Geschehnisse informiert sein, um sich politisch mit der notwendigen Sachkenntnis einmischen zu können.

In diesem Zusammenhang unterstützen die JSL auch die Einführung eines Jugendparlaments, um das Demokratieverständnis und die politische Partizipation zu fördern. Die Einrichtung eines Jugendparlaments würde eine Plattform darstellen, wo Jugendliche aktiv mitwirken, zusammen diskutieren und arbeiten könnten.

4 Mobilität verbessern

Die JSL sind der Meinung, dass die Nutzung des öffentlichen Transports, die Antwort auf die Verkehrsprobleme des Landes ist. Wir brauchen einen dringenden Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes. Mehr Buslinien, Busspuren, Pünktlichkeit und bessere Möglichkeiten zur Nutzung des öffentlichen Transports sind wichtige Bestandteile dieses Ausbaus. Auch wollen die Jusos den Zugang zur Jumbokarte über das aktuelle Bezugsalter hinaus ermöglichen und dies bis zum Erhalt des Führerscheins.

Die Jungsozialisten setzen sich für einen Schülertransport ein, der den heutigen Anforderungen gerecht wird. Leider gehören immer noch überfüllte Busse, die ihr Ziel mit erheblichen Verspätungen erreichen, zum Alltag in Luxemburg. Eine bessere Koordination der einzelnen Transportmöglichkeiten (Bus –und Zugfahrpläne) ist nötig. Auch soll jeder Schüler die Möglichkeit erhalten, mit dem öffentlichen Personennahverkehr vom Wohnort zur Schule zu gelangen, ohne mehrere Male umsteigen zu müssen. Die Jusos setzen sich für den Ausbau der Nachtbusse ein, die es ermöglichen sollen dass Jugendliche zu den Orten wo das Nachtleben stattfindet kommen und von da aus wieder nach Hause. Richtige Mobilitätskonzepte müssen in diesem Zusammenhang um die großen kulturellen Zentren erstellt werden.

Das Fahrrad soll als eine alternative Transportmöglichkeit angesehen werden. Die Möglichkeiten, Fahrradwege anzulegen, müssen besser ausgenutzt werden, nicht nur um unsere Verkehrsprobleme zu lösen, sondern auch um unsere Natur vor Abgasen zu schützen. Viele Eltern lassen ihre Kinder nicht gerne mit ihren Rädern auf der Straße fahren, weil ihre Sicherheit nicht gewährleistet ist.

Bei Unfällen im Straßenverkehr werden die jungen Autofahrer als Risikogruppe eingestuft. Um die Verkehrspolitik sicherer zu gestalten und um jungen Fahrern einen Anreiz zum sicheren Autofahren zu geben, schlagen die JSL vor, dass jedem Autofahrer 4 Jahre nach Erhalt seines Führerscheines bei keiner negativen Auffälligkeit, 50% der Gesamtkosten seines Führerscheins vom Staat zurückerstattet werden. Das obligatorische Fahrtraining gegen Ende der Führerscheinprobezeit im „Centre de formation“ in Colmar-Berg soll für Fahranfänger ausgebaut werden und kostenlos sein.

5 Kultur für alle

Die Jungsozialisten sind der Auffassung, dass der Zugang zur Kultur ein Recht für jeden Menschen ist. Die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen und der Zugang zu Museen, Bibliotheken und Konzerteinrichtungen müssen für die jungen Generationen möglich sein. Kultur erlaubt es nicht nur, durch soziale Kontakte mit anderen Menschen eine multikulturelle und tolerante Gesellschaft aufzubauen. Die kulturelle Szene, ob in der Musik, im Theater oder durch den Zugang zur Literatur, ist ein wichtiger Faktor für den sozialen Aufstieg. Jeder sollte die Möglichkeit haben sich kulturell weiterzubilden.

Der Beitrag der jungen Generationen zur Gestaltung des Kulturlebens in Luxemburg ist unabkömmlich. Daher fordern die Jungsozialisten den Aufbau eines Netzes von Probesälen für junge Musiker im ganzen Land. Diese Probesäle könnten in regionalen Kulturzentren installiert werden, die nach dem Modell der Kulturfabrik in Esch/Alzette funktionieren könnten. Die JSL setzen sich dafür ein, dass ein solches Kulturzentrum in der Stadt Luxemburg errichtet wird. Der ehemalige Schlachthof in Hollerich wäre ein geeigneter Standort für eine solche Einrichtung, die weit mehr als nur einen privat geführten Konzertsaal beinhalten sollte.

Um nicht nur die Jugend, sondern alle Mitglieder der Gesellschaft, mehr in die luxemburgischen nationalen Museen und ihren permanenten Ausstellungen zu locken, fordern die JSL, dass diese Museen, die ein hochwertiges Angebot aufzuweisen haben, gratis zugänglich sein sollten, genau wie dies in Großbritannien der Fall ist.

Darüber hinaus fordern die Jungsozialisten die Schaffung einer offiziellen Studentenkarte, die allen Schüler und Studenten gleiche Ermäßigungen in allen kulturellen Einrichtungen gewährt. Diese „Youth goes Culture“ Card sollte automatisch und kostenlos allen Schüler und Studenten zukommen.

Wie schon erwähnt, setzen sich die JSL für den Ausbau der Nachtbusse ein, die es ermöglichen sollen, dass Jugendliche zu den Orten wo, das Nachtleben stattfindet, kommen und von da aus wieder nach Hause. So sollten auch Konzepte wie der Night-Rider stärker von den Gemeinden unterstützt werden, wie dies zum Teil schon im Süden des Landes der Fall ist. Richtige Mobilitätskonzepte müssen in diesem Zusammenhang um die großen kulturellen Zentren erstellt werden.

Die Jusos verlangen darüber hinaus eine bessere, gezielte und koordinierte Informationspolitik über das Kulturangebot in Luxemburg. Eine nationale Koordination wäre in diesem Sinn wünschenswert, um auf regionaler und nationaler Ebene gezielt Informationsblätter an Jugendlichen zu verteilen.

Darüber hinaus sollten die Luxemburger Künstler auch im Ausland stärker unterstützt werden. Die Attraktivität Luxemburgs als Kulturmetropole sollte klarer zum Vorschein kommen. Sowie dies zum Teil im Ausland der Fall ist (USA, Frankreich) sollte die

Kulturpolitik ein Teil der Luxemburger Diplomatie werden. Die Schaffung einer Agentur für die kulturelle Promotion des Landes sollte ins Auge gefasst werden.

Die JSL machen sich darüber hinaus stark, dass die momentan in Luxemburg stark ausgeprägte Filmszene – sowohl die Amateurszene, als auch die Profiszene, wo teils aufwendige ausländische Produktionen in Luxemburg gedreht werden – weiterhin unterstützt werden muss.

Neben diesen Neuerungen, setzen die Jusos sich konsequenterweise dafür ein, dass die bestehenden Initiativen, die den Zugang zur Kultur ermöglichen, weiter erhalten bleiben. So darf z.B. der kostenlose Zugang zur Nationalbibliothek und zu den meisten öffentlichen Bibliotheken in Luxemburg nicht in Frage gestellt werden.

6 Ehrenamtliche Arbeit besser anerkennen

Luxemburg weist eine nicht unerhebliche Anzahl von Jugendlichen auf, die ihre Freizeit in einem Sportklub oder in einem Verein mit musikalischen, kulturellen, sozialen oder sogar erzieherischen Charakter verbringen. Jedoch wagen es nur wenige Jugendliche und junge Erwachsene, sich auf dauerhafte Weise in einem Komitee zu verpflichten, wo sie Entscheidungen treffen und Verantwortung übernehmen müssen. Ihre Auswahl beschränkt sich auf ein definiertes und zeitlich begrenztes Engagement.

Um die oft innovativen Ansichten der Jugendlichen in diesen Strukturen zu unterstützen und um sie zu motivieren sich dafür zu interessieren, sind die Jungsozialisten der Meinung, dass die Vereine auf den *Service National de la Jeunesse* zurückgreifen können sollten. Letzteres könnte in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen Behörden und Vereinen, eine kostenlose Ausbildung organisieren, die den Jugendlichen zu einer besseren Integration in die Vereine verhelfen könnte.

In Bezug auf die jungen Freiwilligen, plädieren die JSL für eine Ausdehnung des vor kurzem vorgestellten Konzepts, das den Jugendlichen den Zugang zu diversen Kultur- und Sportveranstaltungen zu ermäßigten Preisen erlaubt. Die Karte "Youth goes culture" könnte hierbei einen Ausgangspunkt bilden. Die JSL sind auch der Auffassung, dass die jungen Freiwilligen, die sich durch ein starkes Engagement oder

einen vorbildlichen Einsatz hervorgehoben haben, einen Preis für ihre Dienste bekommen sollen.

Kapitel 2 Tolerante und gerechte Gesellschaft

7 Bessere Lebensqualität für alle Bürger

7.1 Chancengleichheit für Frau und Mann

Die JSL sind überzeugt, dass Gleichstellungspolitik auch im 21. Jahrhundert noch immer aktuell ist. Obwohl Frauen heutzutage formal die gleichen Rechte wie Männer haben, sind Frauen und Männer noch immer nicht gleichgestellt. Die alte Rollenverteilung ist noch nicht überwunden. Frauen übernehmen immer noch die Hauptverantwortung für die Haus- und Familienarbeit und nur wenige Väter nehmen Elternurlaub in Anspruch. Auch liegt das Einkommen der berufstätigen Frauen in Luxemburg bei gleicher Arbeit immer noch unter dem ihrer männlichen Kollegen.

Ziel einer Gleichstellungspolitik ist die gleiche Verteilung von Ressourcen und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen unserer Gesellschaft. Frauen wollen genau wie Männer, ein selbst bestimmtes Leben, zukunftssträchtige Jobs mit einem guten Einkommen. Chancengleichheit betrifft nicht alleine Frauen, sondern auch die Männer und die Gesellschaft insgesamt. Die Jungsozialisten möchten, dass Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht, ihr Leben selbstbestimmt wählen können.

Eine wichtige Voraussetzung für gleiche Chancen für Frauen ist eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Frage der Vereinbarkeit bleibt in unserer Gesellschaft immer noch ungelöst. Den Frauen und Männern muss ermöglicht werden, eine Familie zu haben und daneben einen Beruf auszuüben. Eine bessere Kinderbetreuung muss etabliert werden, um Mütter die Gelegenheit zu eröffnen, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Sowohl öffentliche wie auch private Betriebe, müssen in die Frage der Kinderbetreuung miteinbezogen und unterstützt werden. Vorzeigeprojekte (best practise), die Eltern dabei unterstützen, Beruf und Privatleben unter einen Hut zu bringen, müssen in den Betrieben vermehrt gefördert werden.

Die Berufswahl ist nach wie vor geschlechterspezifisch. Es sind die Strukturen unserer Gesellschaft, die Frauen und Männern die unterschiedlichen Rollen zuweisen.

Deshalb fordern die JSL:

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit;
- bessere Berufsberatung für Mädchen und Jungen;
- berufliche Bildung, die weder typisch weibliche bzw. männliche Berufsbilder produziert;
- Ausweitung der Angebote für Kinderbetreuung im öffentlichen und privaten Sektor.

7.2 Chancengleichheit für Personen mit Behinderung

7.2.1 Selbstbestimmte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben

Die Integration von Menschen mit Behinderung ist für die JSL ein wichtiges gesellschaftliches Ziel, das nur durch gemeinsames Handeln erreicht werden kann. Es gilt die vielfältigen Diskriminierungen von Menschen mit Behinderung im Alltag zu überwinden. Finanzielle Unterstützung vom Staat muss garantiert sein, um den Menschen mit Behinderung zu einem autonomen Leben ohne eingeschränkte Vorgaben, zu verhelfen.

Gezielte Sensibilisierungsprojekte zu dieser Thematik sollen vorangetrieben werden. Der positive gesellschaftliche Beitrag dieser Bevölkerungsgruppe soll hervorgehoben werden. Zudem fordern die JSL, einen behindertengerechten Umbau der öffentlichen Gebäude, wobei auch öffentliche Verkehrsmittel berücksichtigt werden sollen.

7.2.2 Integration statt Ausgrenzung

Das Luxemburgische Sonderschulsystem basiert auf einer räumlichen Trennung und reduzierten Perspektiven für Kinder mit Behinderung. Ein Wechsel in die Regelschule ist somit fast ausgeschlossen. Diskriminierung und Stigmatisierung werden verstärkt, Vorurteile bleiben bestehen, anstatt beseitigt. Besonders im Grundschulbereich ist die schulische Integration aller Kinder durchführbar. Das Luxemburgische Schulwesen soll nach Meinung der Jungsozialisten nicht trennen, was zusammen gehört.

7.3 Chancengleichheit für alle Partnerschaften

Die Einstellung der Gesellschaft gegenüber der Homosexualität hat sich in den letzten Jahren stark verbessert. Für Schwule und Lesben ist es in Luxemburg möglich, ein Leben zu führen, ohne sich selbst und den Partner verstecken zu müssen. Die persönliche sexuelle Orientierung darf keine Auswirkungen auf die individuellen Lebensbedingungen haben und darf nicht den Menschen in seinen Rechten beeinträchtigen.

Bei diesem Thema besteht nicht nur Diskussions-, sondern vor allem Handlungsbedarf, um die Diskriminierung nicht ehelicher und homosexueller Partnerschaften zu beenden. In diesem Zusammenhang appellieren die Jungsozialisten an die Politik. Eine Gleichstellung aller Lebensgemeinschaften soll im Gesetz verankert sein.

Die Ehe bietet viele Vorteile, von denen gleichgeschlechtliche Paare keinen Gebrauch machen können, weil sie noch immer nicht das Recht haben, heiraten zu können. Die frei entscheidende Eheschließung ist ein Menschenrecht und so lange wie wir homosexuellen Lebensgemeinschaften nicht die gleichen Rechte einräumen, sind sie in unserer Gesellschaft nicht vollständig anerkannt und haben weiterhin mit diskriminatorischen Konsequenzen zu leben.

7.3.1 Neugestaltung des Adoptionsrechts

Die Adoption durch eine alleinstehende Person ist von den rechtlichen Voraussetzungen her in Luxemburg nicht möglich. Unsere Gesetzgebung verweigert immer noch unverheirateten und alleinerziehenden Personen das Recht durch eine so genannte Volladoption ein Kind in die neue Familie aufzunehmen.

Heute begegnet man der Institution Familie in vielen Formen. In gleichgeschlechtlichen Haushalten werden die gleichen Werte gelebt wie in heterosexuellen. Den nicht heterosexuellen Lebensgemeinschaften soll rechtlich erlaubt sein, ein Kind zu adoptieren. Die Jungsozialisten plädieren für ein Adoptionsrecht, bei dem das Wohl des Kindes im Mittelpunkt steht und nicht die sexuelle Orientierung und Lebensweise der Adoptiveltern.

Die Jusos sind der Auffassung, dass die Institution Familie nicht danach bewertet werden kann, ob sie Kinder produziert oder nicht. Nicht die Ehe, sondern die Fürsorge für Kinder soll als Kennzeichen einer Familie gelten. Auch Homosexuelle, Alleinerziehende oder Paare in eheähnlicher Gemeinschaft können eine Familie bilden. Das im konservativen Kreise geförderte traditionelle Familienbild verhindert aber bisher die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnern.

7.4 Chancengleichheit für das 3. Alter – Lebensqualität von älteren Menschen bewahren

Es gilt, die soziale Ausgrenzung im Alter zu verhindern. Transparenz und Vernetzung der vorhandenen Angebote ist anzustreben, um den älteren Mitmenschen die selbstbestimmte und individuelle Auswahl zu erleichtern. Die Zugangsmöglichkeiten zu den Angeboten und Diensten muss verbessert werden. Für die Jusos ist es auch von Bedeutung die Integration älterer Menschen in das Gemeinwesen zu unterstützen. Die JSL begrüßen ausdrücklich das freiwillige Engagement. Die ehrenamtliche Arbeit für ältere Bürger soll ausgeweitet werden. Das Engagement der Bürgersoll als Chance verstanden werden, um sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen, Einfluss zu nehmen, Menschen kennenzulernen, Erfahrungen auszutauschen und neue Fähigkeiten zu erwerben.

Die JSL schlagen die Schaffung eines nationalen Seniorenbeauftragten vor, als Anlauf- und Beratungsstelle für allgemeine Anliegen älterer Bürger.

Ältere Menschen sollen die Möglichkeit haben, ihr Leben aus eigener Kraft, selbständig und eigenverantwortlich zu gestalten. Die Jungsozialisten fordern eine Seniorenpolitik, die vor allem darauf gerichtet ist, älteren Menschen die von ihnen angestrebte Autonomie und Unabhängigkeit zu erhalten. Wo die eigenen Kräfte zur Bewältigung der Lebenssituation nicht mehr ausreichen, soll Hilfe angeboten werden. Der Anteil der älteren Menschen nimmt stetig zu. Es gilt, die durch die demografische Entwicklung bedingten Veränderungen in unserem Land aktiv aufzugreifen und positiv zu gestalten. Seniorenpolitik zielt auf eine vitale Bürgergesellschaft ab, in der ältere Bürger ihre Verantwortung im Interesse des Gemeinwohls wahrnehmen und wenn nötig, die Jüngeren die Älteren unterstützen sollen. Handlungsansätze gibt es in den Bereichen Wohnen, Bildung, Gesundheit und Freizeit. Die Lebensqualität älterer Menschen soll verbessert und erhalten werden. Insbesondere sollen neue Konzepte für altengerechte Wohnungen und alternative Wohnformen geschaffen werden. Die

Pflegeheime müssen besser auf die individuellen Lebensrhythmen und Bedürfnisse der Heimbewohner abgestimmt werden. Gut ausgebildetes in ausreichender Zahl vorhandenes Personal sind Voraussetzungen für eine gute Betreuung.

8 Luxemburg eine multikulturelle Gesellschaft

8.1 Einwanderung und Integration

8.1.1 Migration als Chance für Luxemburg

Luxemburg ist ein Einwanderungsland und wird auch weiterhin auf Immigration angewiesen sein. Immigration hat unser Land nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell und sozial bereichert. Nach Ansicht der JSL hat das zuständige Integrationsministerium sich wenig bemüht, ein Konzept aufzustellen, das Einwanderern die Eingliederung in die Gesellschaft erleichtert. Mit dem neuen Gesetz zur Integration wurden neue Strukturen geschaffen, aber konkrete politische Maßnahmen wurden ausgelassen. Wir fordern, dass die Kompetenzen der Immigration wie auch der Integration enger zusammengesetzt werden, denn beide Elemente bedingen einander und sollen nicht von zwei verschiedenen Ministern nebeneinander und wie so oft in der politischen Praxis unkooperativ, ausgeführt werden.

Schwierigkeiten mit Nicht-Luxemburgern werden meist mit statistischen Größen, wie etwa Ausländerkriminalität oder der Problematik von Schulkindern mit Migrationshintergrund in Verbindung gebracht. Die tatsächlichen Faktoren, die zu den diversen Problemen führen, werden nicht berücksichtigt. Deshalb fordern die Jusos eine konstruktive und sachliche Debatte zu diesem Thema in der Öffentlichkeit.

8.1.2 Bessere Bildungschancen anstelle sozialer Selektion

Für die JSL sind verstärkte Investitionen im Bildungswesen notwendig, weil hier die Weichen für die Zukunft gestellt werden. Besonders die Bildungschancen von Kindern aus Migrantenfamilien müssen verbessert werden. Diese Schüler sind doppelt betroffen, da sie oft aus sozial benachteiligten Verhältnissen kommen. Das hat zur Konsequenz, dass sie benachteiligt werden, weil es unserem Schulsystem bisher gelingt, vorhandene Defizite über eine gezielte Sprachförderung zu beheben.

Es muss aufgeräumt werden mit dem Vorurteil, dass mangelnde Sprachkompetenz ein Problem ist, das ausschließlich bei ausländischen Schülern zu beobachten ist. Die

Jungsozialisten weisen drauf hin, dass ein Mangel an Sprachkompetenzen nicht abhängig von der Nationalität des Schülers ist. Mangelhafte Sprachkompetenzen werden fälschlicherweise oft als Lernschwäche interpretiert, wodurch die Kinder nicht entsprechend gefördert werden und sich folglich auf niedrigen Schulstufen befinden, wobei ihr Potenzial nicht ausgeschöpft wird. Die Mehrsprachigkeit soll anerkannt und nicht als unüberwindbares Hindernis dargestellt werden.

Es ist festzustellen, dass Schüler aus Einwandererfamilien überproportional im technischen Sekundarunterricht vertreten und im klassischen Gymnasium stark unterrepräsentiert sind. Die soziale Ausgrenzung von den Kindern wirkt sich nicht nur auf ihren Schulabschluss aus, sondern auch auf ihren späteren Arbeitsplatz. Deshalb müssen soziale und sprachliche Benachteiligungen ausgeglichen werden. Die JSL treten für kostenfreie und flächendeckende frühkindliche Förderung und eine einheitliche Ganztagsbetreuung für alle Schüler in allen Regionen des Landes ein.

8.1.3 Partizipation statt soziale Ausgrenzung

Migration verlangt Integration und Integration braucht Rechte. Integration ist ein komplexer Prozess. Es müssen Anstrengungen auf beiden Seiten unternommen werden. Die Einwanderer müssen sich integrieren wollen und wir müssen ihnen dazu alle Möglichkeiten bieten, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.

Soziale Ungleichheit darf nicht als Frage der kulturellen Heterogenität verstanden werden, vielmehr geht es darum, jeden Bürger gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen. Ziel unserer Bemühungen soll es sein, die soziale, rechtliche, ökonomische und politische Partizipation zu garantieren. Die JSL setzen sich dafür ein, dass alle unsere Mitbürger aktiv am politischen Leben in unserem Land teilhaben können. Deshalb fordern die Jusos, dass diejenigen Menschen die in Luxemburg wohnen, aber nicht die Luxemburgische Nationalität besitzen, stärker eingebunden werden sollen. In den Gemeinden, wo die lokale Gemeinschaft entscheidet, welche politische Führung sie sich für ihre lokalen Interessen wünschen, sollten alle Einwohner, egal ob Luxemburger oder nicht, an den Wahlen teilnehmen können ohne dass, wie bisher, eine Minimalaufenthaltsdauer vor den Wahlen nötig ist. Dieses Prinzip existiert schon in anderen EU-Ländern (z.B. Belgien) und dieses Prinzip gilt darüber hinaus, schon heute für Luxemburgischen Staatsbürger die aus einer Luxemburger Gemeinde in eine andere ziehen und sofort an den Gemeindevahlen in ihrer neuen Gemeinde teilnehmen.

Auf nationaler Ebene sollte es den EU-Bürgern, die schon länger im Land leben auch möglich sein, sich am politischen Geschehen zu beteiligen. Dies könnte z.B.: nach 5 Jahren der Fall sein (in Anlehnung an die von der EU-Richtlinie geschaffene Status der „résidents de longue durée/séjour permanente“). Es ist in einer Demokratie nicht annehmbar, dass die Abgeordnetenkammer und so auch die Regierung von weniger als der Hälfte der Bevölkerung gewählt werden. Die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft, wie sie neuerdings auch in Luxemburg möglich ist, ist daher ein Schritt in die richtige Richtung. Doch andere Maßnahmen müssen auch ins Auge gefasst werden. Deshalb nehmen die JSL auch aktiv an der Plattform „Refresh Democracy“ teil.

Als sozialistische Bewegung fordern wir mehr Aufklärung über das Schicksal der Einwanderer und die Hervorhebung der sozioökonomischen Ursachen von Ungleichheiten, um gegen rassistisches und diskriminatorisches Denken anzukämpfen.

Zudem fordern die JSL:

- Kostenfreie Sprachkurse in Luxemburgisch nicht nur für neu Zugezogene;
- eine bessere Anerkennung von den im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen;
- spezifische Ausbildung für das Lehrpersonal für den Umgang mit Kindern aus Migrationsfamilien.

9 Religionsneutraler Staat: Religion ist Privatsache

Jeder Mensch kann seinen Glauben so leben, wie er will, jedoch ist der Glaube an einen Gott, bzw. jegliche Form von Religionsausübung nach Ansicht der JSL keine öffentliche Angelegenheit, sondern Privatsache. Nach den Jusos darf keine Glaubensgemeinschaft gegenüber anderen, von staatlichen Privilegien profitieren. Das Verhältnis von Kirche und Staat soll in Luxemburg auf dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der strikten rechtlichen und organisatorischen Trennung beruhen, die eine weltanschauliche Neutralität des Staates gewährleistet. Die Religionsfreiheit muss garantiert sein.

Zurzeit finanziert der Luxemburger Staat die Glaubensgemeinschaften mit denen eine Konvention besteht, ohne dass der einzelne Steuerzahler mitbestimmen darf, was mit seinen Steuern passiert. Die Glaubensgemeinschaften sind darüber hinaus nicht dazu verpflichtet ihre finanzielle Situation öffentlich und transparent darzulegen. Deshalb fordern die JSL nicht nur, dass die Konten und Besitztümer der einzelnen Kirchenfabriken öffentlich gemacht werden – man könnte sie anhalten diese im Memorial zu publizieren – sondern es sollte auch der Cour des Comptes ermöglicht werden diese Konten zu überprüfen. Darüber hinaus fordern die JSL ein transparentes Finanzierungssystem der Glaubensgemeinschaften, nach dem Modell des italienischen *Otto per mille*: jeder Steuerzahler sollte selbst auswählen können an welche Gemeinschaft der Prozentsatz seiner Steuern die für dieses Finanzierungssystem vorgesehen sind, gehen sollte. So sollte jeder Steuerzahler bei seiner Steuererklärung ankreuzen können welche der mit dem Staat konventionierten Glaubensgemeinschaften er unterstützen möchte. Agnostiker und Atheisten sollten die Möglichkeit erhalten ihre Steuern in ein Budget einzuzahlen aus welchem der Staat laizistische Organisationen die er „d'utilité publique“ anerkennt zu finanzieren. Der Staat würde nur so die Gelder der Steuerzahler auf transparente und nachvollziehbare Art und Weise weitervermitteln.

Anstelle des katholischen Religionsunterrichts fordern die JSL einen gemeinsamen Werte- bzw. Ethikunterricht als Pflichtfach. Das Religiöse im Allgemeinen mit seinen verschiedenen Glaubensrichtungen soll objektiv, als Teil des Ethikunterrichts behandelt werden. Der Anspruch auf einen neutralen Werteunterricht ist kein Angriff auf die Religionsgemeinschaften, sondern eine zeitgemäße Antwort auf die Multikulturalität unserer Gesellschaft. Da die Lebens- und Glaubensformen vielfältiger werden, ist die staatliche Neutralität eine adäquate Basis für das gemeinsame Zusammenleben.

10 Effektive Drogenpolitik: Drogenabhängige sind keine Kriminelle

Die JSL sind der Ansicht, dass eine repressive Drogenpolitik nichts an dem momentanen Drogenkonsum ändern wird. Die JSL setzen sich für eine Politik ein, welche die Angebote und Nachfrage von Drogen verringern soll. Es handelt sich um die Einsetzung eines Systems der primären, sekundären und tertiären Prävention. Bei der primären Prävention geht es darum, die Bedingungen zu finden, die verhindern, dass Menschen drogenabhängig werden. Die Ursachen und die Risikofaktoren die es zu identifizieren gilt, stehen hier im Mittelpunkt. Bei der sekundären Prävention geht es

darum, den Drogenabhängigen als Zielgruppe mit speziellen Maßnahmen zu helfen sowie keine Normverletzungen vorzunehmen. Zugleich gilt es, die Risiken der Sucht und des Konsums denen sie ausgesetzt sind, zu verringern. Die Therapie ist ein fester Bestandteil dieser Art von Prävention. Bei der tertiären Prävention dagegen handelt es sich um die Rückfallvermeidung nach der Behandlung.

Drogenabhängige sollten trotz ihrer Krankheit als Menschen betrachtet und nicht diskriminiert werden. Der Staat muss diesen Drogenabhängigen eine adäquate Alternative zu ihrem Konsum bieten. In diesem Zusammenhang ist es wichtig einen Unterschied zwischen erstmaligem und regelmäßigem oder gelegentlichem Drogenkonsum zu machen.

Junge Menschen müssen im Sinne eines besseren Jugendschutzes verstärkt in und außerhalb der Schule, über die Folgen von Drogensucht informiert werden. Drogenabhängigen muss die Möglichkeit geboten werden, ihre Sucht erfolgreich zu bekämpfen. Aus diesem Grund fordern die JSL den Staat auf, mehr Therapiemöglichkeiten und -plätze zu schaffen. Außerdem sind die Jungsozialisten der Auffassung, dass die Nachbehandlung von Drogenkranken verbessert werden muss, welche den Abhängigen helfen soll ihre Lage zu stabilisieren. Hinzu kommt die Notwendigkeit einer sozialen und psychologischen Betreuung um deren Reintegration in die Gesellschaft zu ermöglichen.

Die JSL begrüßen Einrichtung, wie die "Fixerstube". Drogenabhängige müssen die Möglichkeit bekommen, mit Sozialarbeitern über ihre Probleme zu reden, auch außerhalb der Fixerstube. Die Jusos weisen daraufhin, dass sich Sucht nicht nur auf harte Drogen beschränkt. Medikamente, Tabak oder Alkohol können auch zu einer Sucht führen, die schwere körperliche und psychische Probleme hervorrufen kann. Auch hierüber müssen die Menschen durch bewusstseinsbildende Maßnahmen aufgeklärt werden. Auch für diese suchtabhängigen Menschen muss eine adäquate Hilfe angeboten werden. Sucht ist eine Krankheit, die bekämpft werden muss. Aus diesem Grund sind die Jusos der Überzeugung, dass Drogensüchtige nicht strafrechtlich verfolgt werden dürfen. Die JSL setzen sich ein für die Entkriminalisierung des Konsums, des Besitzes und des Kaufes von weichen Drogen. Zudem sollten Drogendealer härter bestraft werden. Sie sind Anstifter zum Konsum von Drogen. Jugendliche müssen vor Drogendealern geschützt werden.

Die Jusos sind der Meinung, dass in Luxemburg ein Model geschaffen werden muss, wo Drogenabhängige unter medizinischer Aufsicht harte Drogen konsumieren können. Dies ist nötig, um den illegalen Drogenhandel zu verringern.

Interventionen sind notwendig, um Hilfe für Drogenabhängige zu ermöglichen. Die Jusos unterstützen das Konzept von Straßensozialarbeit. Die Streetworker begeben zu den Jugendlichen, sprechen sie an und zeigen ihnen in Problemsituationen Lösungsmöglichkeiten und Alternativen auf.

Für die JSL ist der Schutz der Jugend im weiten Sinne zu verstehen. Er beschränkt sich nicht nur, auf Gewalt und Misshandlung gegenüber jungen Menschen, sondern konzentriert sich auch auf die Vorbeugung gegen den Missbrauch von Alkohol und Tabak oder alle Arten von Essstörungen (Anorexie und Bulimie). Für die Jusos sind gezielte Kampagnen zur Aufklärung und Sensibilisierung erforderlich, um die Jugendlichen auf die gesundheitlichen Schäden, die sich aus diesen Missbräuchen ergeben, aufmerksam zu machen. In diesem Sinne ist es wichtig, die Eltern mit ihrer erzieherischen Verantwortung systematisch in dieses Konzept mit einzubeziehen.

11 Sicherheit in Freiheit

11.1 Überwachung ist kein Allheilmittel: Prävention statt Repression

In den letzten Jahren wurde in Luxemburg verstärkt in den Sicherheitsapparat investiert, sei es beispielsweise das Aufstellen von Videokameras oder die Aufstockung von hunderten von Polizisten. Die Jungsozialisten bedauern zutiefst, dass keine umfangreiche politische Debatte zur Sicherheitspolitik in Luxemburg geführt wurde. Neue Maßnahmen wurden eingeführt, um gegen die Kriminalität zu kämpfen, ohne jedoch Studien von unabhängigen Forschungsinstituten und Impaktuntersuchungen hinzuzuziehen. Die Überwachung verstärkt das subjektive Sicherheitsempfinden und nicht die tatsächliche Sicherheitsgewinnung.

In der Innenpolitik geht der Trend zur öffentlichen Sicherheit in Richtung Einschränkung von Grundrechten. Bürgerliche Freiheit wird immer mehr als Hindernis bei der Bekämpfung von Kriminalität empfunden.

Die Jusos fordern deshalb eine neue Orientierung der Prioritäten der Polizei, weg von der aktuellen Ausrichtung die immer mehr in Richtung Einschränkung und

Beschneidung der Rechte der Bürger, durch eine exzessive Anzahl an Kontrollen und immer größere Anzahl an Polizisten geht, hin zu einer Politik die die Sicherheit der Bürger garantiert an Stellen wo sie wirklich gefährdet ist. Die Ausbildung der Polizisten muss verstärkt und an diese Neuausrichtung angepasst werden.

Eine Kamera aufzustellen genügt nicht, um die reellen Hintergründe der Kriminalität zu erforschen. Durch dieses Konzept benutzt der Staat die neuesten Technologien, um die Kriminalität aus der Distanz zu verwalten und nicht wirklich zu behandeln. Die Kriminalität wird demzufolge als eine normale und unausweichliche soziale Tatsache angesehen. Die JSL treten dafür ein, dass die wahren sozialen Ursachen der Kriminalität erforscht und bekämpft werden. Die beste Kriminalpolitik ist und bleibt eine gute Sozialpolitik - das hat der Strafrechtler Franz von Liszt postuliert. In diesem Sinn zeigt die Kriminalität eine Mehrheit anderer Antworten auf, als die der Videoüberwachung allein. Der Staat muss den Mut haben, in diesem Sinn zu arbeiten. Für die Jungsozialisten ist die Kriminalitätsprävention nicht nur die Aufgabe der Polizei, sondern auch die anderer Institutionen und der Gesellschaft insgesamt.

Deshalb fordern die Jungsozialisten unabhängige Untersuchungen zur Sicherheitslage in Luxemburg. Experten sollen beauftragt werden, sich mit den Überwachungsmaßnahmen und -methoden des Staates zu beschäftigen, wenn weitere Initiativen zur Sicherheitskontrolle und Bürgerüberwachung im öffentlichen Raum angestrebt werden.

Neue technische Möglichkeiten der Überwachung, die im Interesse allgemeiner Sicherheit eingesetzt werden sollen, stehen im Konflikt mit den Grundrechten der Bürger. Die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit hat sich, insbesondere aufgrund der internationalen Terrorismusbekämpfung in den letzten Jahren zu Gunsten der Sicherheit und zu Lasten der Freiheit entwickelt. Die Jungsozialisten wehren sich gegen einen totalitären Überwachungsstaat, der uns zum gläsernen Bürger macht.

Die JSL lehnen den zunehmenden Ausbau der Datenspeicherung und -vernetzung ab. Umfangreiche Datenbestände laden außerdem zu Missbrauch ein. Auch wenn die Überwachung selbst keine direkte Einflussnahme bewirkt, können Folgen im Falle von einer Falschverdächtigung jedoch fatal sein. Die Jusos weisen darauf hin, dass eine höhere Anzahl von Kameras nicht unbedingt zu einer Senkung der Kriminalitätsrate und zu mehr Sicherheit führt. Stattdessen ist eine Verlagerung von Kriminalität an

andere Plätze zu beobachten. Videoüberwachung schafft eine Scheinillusion, denn bei der Aufnahme einer Straftat kann die Kamera dem Opfer nicht helfen. Deshalb lehnen deshalb die JSL eine flächendeckende Videoüberwachung ab.

Für die JSL bedeuten weitergehende Eingriffe nicht nur Verlust des Privatlebens, sondern auch Schäden an unserer Demokratie. Jedes größere Delikt sollte nicht gleich Anlass zur Forderung von härterem Durchgreifen und Strafen werden. Eine gute Sicherheitspolitik zeichnet sich dadurch aus, dass sie Ursachen erforscht und Zusammenhänge aufdeckt.

11.2 Eine moderne Justiz

Luxemburg benötigt einen modernen und bürgernahen Justizapparat. Die Justiz, das dritte Standbein des Staates, ist daher angehalten, sich nach außen hin zu öffnen. Es reicht nicht, sich durch äußerliche Merkmale wie z.B. die „Cité judiciaire“ architektonisch darzustellen und zu definieren. Jeder Bürger, der mit der Justiz in Kontakt tritt oder treten will, muss über seine Rechte und Pflichten informiert werden. Ebenso wie in Frankreich und Belgien soll auch in Luxemburg das Internetportal der Justiz bürgerfreundlicher gestaltet werden. Nachholbedarf liegt für die JSL in der Informations- und Kommunikationspolitik der Justiz.

Nach Meinung der Jusos, muss die Dauer der Gerichtsprozesse in einem angemessenen Rahmen gehalten werden. Dem Autor einer Straftat darf nicht das Gefühl vermittelt werden, dass seine Tat ungestraft bleibt und das Opfer muss in seiner Not ernst genommen und unterstützt werden. Die Jusos haben kein Verständnis für eine Justiz, in der das Opfer zu kurz kommt und sich andererseits alles um den Täter dreht. Auch die Justiz trägt einen Teil der Verantwortung in der sozialen Kohäsion und in der Sicherheitskultur.

Die Polizei in ihrer Rolle eines Garanten der öffentlichen Ordnung, steht in ständigem Kontakt mit der Bevölkerung. Ihre Arbeit besteht nicht nur darin, gegen Personen zu ermitteln, die „gesetzwidrig“ geworden sind, sondern auch den Personen, die sich an sie wenden, Sicherheit zu geben. Um diese Mission zu erfüllen, müssen die Polizisten über eine solide Bildung, Grundausbildung und Weiterbildung, verfügen. Neben einer guten Kenntnis der Polizeiregeln, muss auch das Wissen um die Menschenrechte vorhanden sein, um Konfliktsituationen zu lösen und Hilfestellung zu geben.

Was das Jugendschutzgesetz angeht, so ist es für die JSL wichtig, dass dem Interesse des Kindes Rechnung getragen wird. Das neu gegründete „Office national de l'enfance“, das Jugendgericht und alle anderen Amtsbereiche sollen stets in ihrem Vorgehen das Wohl des Jugendlichen vor Augen haben, sei es in Scheidungsfällen oder bei Vermittlungen.

12 Abtreibung ist ein Recht und keine kriminelle Tat

Nach Ansicht der JSL ist Abtreibung eine private Angelegenheit und es gilt die Autonomie der Frau zu respektieren. Jede Frau soll das Recht besitzen, frei entscheiden zu können, ob sie zu einem bestimmten Zeitpunkt in ihrem Leben ein Kind bekommen möchte oder nicht. Diese Entscheidung ist wohl die folgenschwerste im Leben einer Frau. Abtreibung zu verbieten bedeutet nichts anderes als Gebärzwang. Das Abtreibungsverbot verletzt somit ein Grundrecht der Frau und unterwirft die Fortpflanzungsfähigkeit der Frau der Kontrolle des Staates. Die Jungsozialisten setzen sich dafür ein, dass Abtreibung legal und für alle Frauen zugänglich sein soll. Eine Fristenregelung sollte eingeführt werden. In Luxemburg soll Abtreibung in jedem öffentlichen und privaten Krankenhaus durchführbar sein. Ein Abtreibungsverbot verhindert nicht zwangsläufig einen Schwangerschaftsabbruch, sondern führt zu riskanteren Abtreibungen. Zu Zeit sind die Betroffenen gezwungen ins Ausland zu gehen, meist ohne adäquate Beratung und Betreuung.

12.1 Prävention statt Sanktion

Aufgrund der immer früher einsetzenden Pubertät soll dem Thema Sexualerziehung bereits in der Grundschule eine wichtige Bedeutung zugeschrieben werden. Sexualpädagogik gilt als Teil der Gesamterziehung von jungen Menschen, denn viele Kinder und Jugendliche wissen wenig über Intimität, obwohl das Thema allgegenwärtig ist. Davon abgesehen kann man schlecht über Aids reden, ohne über Sexualität zu sprechen.

Neben der Einführung eines Aufklärungsunterrichts sind die Jungsozialisten der Meinung, dass die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche und Verhütungsmitteln von den Krankenkassen übernommen werden sollten.

Zudem sollen Familienbratungsstellen ausgebaut werden. Sozialpolitische Maßnahmen müssen die Lebensbedingungen von Müttern und Familien mit Kindern verbessern.

Kapitel 3 Konzept der Nachhaltigkeit

Die sozioökonomischen und demographischen Veränderungen, die die Bevölkerung zu spüren bekommen, und die gravierenden Auswirkungen des Klimawandels auf die Bewohner zeigen, dass das derzeitige Modell der freien Marktwirtschaft nicht ohne Grenzen funktionieren kann. Wenn der freie Markt auch jedem theoretisch erlaubt, sich durch Eigeninitiative zu bereichern, so setzt der Sozialismus auf Solidarität, um die Schwachen und Mittellosen in unserer Gesellschaft von den Profitsüchtigen zu schützen.

Der freie Markt allein ist nicht in der Lage, die Voraussetzungen für sein eigenes Überleben zu schaffen und läuft deshalb Gefahr, mit seinem Handeln die Menschen und ihre Umwelt zu zerstören. Außerdem produziert er nur ein geringes Wachstum. Die im Sommer 2007 ausgebrochene Finanzkrise, die sich im Herbst 2008 und Winter 2009 zu einer wirtschaftlichen und schließlich zu einer sozialen Krise verdichtete, zeigt die verhängnisvollen Auswirkungen des ungezügelteten Marktes.

Des Weiteren ist dieses System unvereinbar mit den natürlichen Ressourcen die unserem Planeten zur Verfügung stehen. Als wesentliche Prioritäten für die Wirtschaftspolitik der Regierung gelten für die JSL, die Erhaltung hoher Sozialstandards, der Umwelt und der Kampf gegen den Klimawandel.

13 Ökonomische Nachhaltigkeit

13.1 Die soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert

Das Ziel der nachhaltigen Entwicklung ist es, tragfähige Strategien zu bestimmen, die die wirtschaftlichen, sozialen und ökologische Aspekte der menschlichen Tätigkeiten miteinander vereinen. Diese drei Standbeine gilt es zu berücksichtigen, sei es von Seiten der Gemeinschaft, den Unternehmen oder des Einzelnen in der Entwicklung wirtschaftlicher Aktivitäten.

Das Programm der JSL weist folgende Punkte auf:

- Die JSL unterstützen alternative, solidarische und gerechte Wirtschaftsformen.
- Die Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sie muss in erster Linie den Bürgern Wohlstand und Wohlergehen bringen.
- Der Arbeitsmarkt muss jedem zugänglich sein, jeder einzelne hat das Recht, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Es muss eine würdevolle Tätigkeit sein, die eine gute Lebensqualität mit sich bringt. Das Profitstreben darf nicht auf Kosten der Arbeitnehmer gehen.
- Die JSL sind sich der Bedeutung des Luxemburger Finanzplatzes bewusst und beabsichtigen ihn, in seiner Entwicklung zu unterstützen. Allerdings sind die JSL der Meinung, dass die Finanzinstitute besser reguliert und die Regel zu ihrer Überwachung verstärkt werden müssen, um eine neue Finanzkrise, wie wir sie seit Sommer 2007 erlebt haben, zu vermeiden.
- Die Finanzkrise mit ihren verheerenden Folgen hat die Bedeutung der so genannten „realen“ Wirtschaft aufgezeigt, sowohl in Bezug auf die Schaffung von Mehrwert und Wohlstand, als auch in Bezug auf die Beschäftigung und die soziale Kohäsion.
- Die JSL unterstreichen die Bedeutung von politischen Maßnahmen zur Stärkung der Kaufkraft und lehnen jede Manipulation des Index ab.
- Die JSL unterstützen Weiterbildungsprojekte und „life long learning“ Programme. Eine hochwertige Ausbildung muss es den Menschen ermöglichen sich den Veränderungen in der Arbeitswelt anzupassen.
- Die JSL weisen auf die Wichtigkeit der Immigration hin und zeigen sich solidarisch mit den ausländischen Arbeitnehmern in Luxemburg. Eine wohlbedachte Immigrationspolitik und sorgfältige Integrationspolitik zugunsten ausländischer Mitbürgern muss zu den Prioritäten der Regierung gehören.
- Armut ist leider immer noch ein Bestandteil des Lebens in Luxemburg. Die Bekämpfung armutsbedingter Risiken, der die Schwachen in unserer Gesellschaft ausgesetzt sind, ist eines der Hauptziele der JSL.
- Die JSL unterstreichen die Bedeutung der europäischen Integration im wirtschaftlichen Bereich. Nur ein wirtschaftlich und sozial starkes Europa, in dem Luxemburg sich voll entfalten kann, wird den Bürgern erlauben sich

vor den manchmal verhängnisvollen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen.

- Die JSL haben festgestellt, dass schon zu lange die wirtschaftlichen und finanziellen Interessen auf Kosten ökologischer Überlegungen durchgesetzt werden. Konzepte nachhaltiger Entwicklung im Energie- und der Umweltbereich müssen realisiert werden.

14 Die ökologische dauerhafte Entwicklung

14.1 Energiewende und Schutz der Umwelt

Die freie Marktwirtschaft führt die Unternehmen auf nationaler und europäischer Ebene in eine zügellose wirtschaftliche Konkurrenz. Dabei geht es einzig und allein um die Kapitalrendite und die Rentabilität der getätigten Geschäfte. Dieser wirtschaftliche Kampf hat nicht nur verheerende soziale Folgen (Entlassungen, Arbeitslosigkeit, verarmte Arbeiter, usw.), sondern er ist auch verantwortlich für die ökologische Katastrophe, die wir durchqueren. Die Achtung und der Schutz unserer Umwelt sind entscheidende Aspekte für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Die Jungsozialisten sind der Meinung, dass dieser Aspekt im Mittelpunkt der sozialistischen Wirtschaftspolitik stehen soll. Deshalb unterstützen die JSL die öffentlichen und privaten Initiativen, die auf technologischen Fortschritt, Innovation und Forschung setzen. Des weiteren unterstützen die JSL die finanziellen Investitionen, die die Umwelttechnologien und die Entwicklungen alternativer Energien fördern. Die Regelung und die Kontrolle der fossilen Energieträger, deren Lebensdauer begrenzt ist, und die Investition in erneuerbare Energien, gehören zu den wesentlichen Aufgaben des Staates. Forschung, Innovation und Entwicklung müssen im Mittelpunkt einer gemeinsamen Umwelt- und Energiepolitik stehen. Um den Energieverbrauch zu kontrollieren und die Umwelt zu schützen, müssen Mittel zur Verfügung gestellt und präzise Maßnahmen festgelegt werden.

Seit 20 Jahren wurden bereits wesentliche Fortschritte erzielt, wobei vor allem der Produktivitätszuwachs im Bereich der „grünen“ Technologien beachtlich ist. Es handelt sich um eine neue Art und Weise zu produzieren, zu verbrauchen und zu denken: Heutzutage wird die Umwelt in den fortschrittlichen Prozess der Wissenschaft mit einbezogen, im Zeichen der intelligenten Hochtechnologie. Somit liegt ein wichtiger Teil des Wachstumspotentials in der Verwendung von erneuerbaren Energiequellen,

der Entwicklung energiesparsamer Produktionsweisen und in der technologischen Innovation in den Bereichen Verkehr und Bauwesen.

Die Jusos sind überzeugt, dass Luxemburg hier eine ausschlaggebende Rolle zu spielen hat. Dies wird nicht nur Wachstum bringen, sondern auch Arbeitsplätze schaffen und Kompetenzen entwickeln, damit sich Luxemburg auch im 21. Jahrhundert behaupten kann. Die JSL treten ein für: ökologische Besteuerung, Anwendung des Verursacherprinzips (principe pollueur-payant), Investitionen in die Forschung, wirksame und effiziente Verwaltung der öffentlichen Wasser- und Abfallwirtschaft und öffentlichen Innovationen in ökologische Technologien.

14.2 Gute Arbeit dringend gesucht

Arbeit ist der Schlüssel für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Arbeit verhindert soziale Ausgrenzung und ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben. Die Jungsozialisten möchten gute Arbeit für alle Gesellschaftsmitglieder ermöglichen. Vollbeschäftigung stellt heutzutage keine Garantie mehr dar, dass jeder Mensch ein Leben lang die gleiche Arbeitsstelle behält. Jeder sollte immer wieder die Möglichkeit haben sich durch Weiterbildung auf die Veränderungen am Arbeitsmarkt einzustellen. Gemäß den offiziellen Zahlen des STATEC, verzeichnet die Wirtschaft in den letzten 4 Jahren eine jährliche Wachstumsrate von etwa 4,5%. Im gleichen Zeitraum ist die Erwerbslosenrate um 4,2 % gestiegen. Diese Befunde belegen deutlich, dass die Politik, die ausschließlich auf Wachstum setzt, das gesellschaftliche Anliegen der Vollbeschäftigung verfehlt. Die Jungsozialisten weisen darauf hin, dass Wachstum allein nicht unbedingt zur Vollbeschäftigung führt.

Die Schere zwischen den hohen und niedrigen Einkommen steigt weiter. Durch die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen kommt das Phänomen der „Working Poor“ immer mehr zur Geltung, was für viele Haushalte ein Abrutschen unter die Armutsgrenze bedeutet. In Luxemburg wird die Zahl der Working Poor auf etwa 3,4 % geschätzt.

„Decent Work Decent Life“ ist eine Strategie, die den Arbeiter in den Mittelpunkt stellt und gerechte Strukturen aufbaut, die auf die Entstehung von Arbeitsplätzen, Arbeitsrechten, sozialer Sicherheit und Gleichstellung von Frau und Mann abzielt. Der gleichberechtigte Zugang zur Arbeit ohne jegliche Form von Diskriminierung muss garantiert sein, mit sicheren Löhnen um ein Leben in Würde führen zu können. Für die

JSL muss dieses Konzept als Priorität der Beschäftigungs-, Außen- und Wirtschaftspolitik behandelt werden. Soziale Sicherheit wie auch eine angemessene Altersversorgung, Recht auf Weiterbildung und Mitbestimmung sind sicherzustellen.

Kapitel 4 Europa und der Rest der Welt

15 Soziales Europa und wirtschaftliche Entwicklung

Die JSL plädieren für ein soziales Europa. Die Jusos sind für ein soziales Europa, das die Bürger angesichts der Herausforderungen der Globalisierung schützt. Die Jusos sind für ein Europa, das seinen Teil zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Stärkung der sozialen Rechte beiträgt.

Es ist verständlich, dass Europa sich nicht vom Rest der Welt isolieren kann und dass das Wirtschaftswachstum in Europa von großer Bedeutung für unseren Wohlstand ist. Das Wirtschaftswachstum trägt zum Wohlbefinden der Bürger bei. Aber es kann und darf kein Ziel an sich sein. In der Tat muss die Wachstumsrate zur Vollbeschäftigung in Europa, insbesondere bei den Jugendlichen, zu einem hohen sozialen Schutz, zu einer Stärkung der öffentlichen Dienstleistungen beitragen. Ein Europa das schützt, muss kein protektionistisches Europa sein, sondern ein Europa, das hohe soziale Standards und die sozialen Rechte der Bürger garantiert.

Die JSL wollen deshalb, dass in Europa eine gemeinsame Basis für hohe soziale Standards und Mindestlöhne eingeführt wird. Nur durch hohe soziale Normen kann die EU ihre Bürger besser schützen. Gleichzeitig muss gewährleistet werden, dass die Mitgliedstaaten, die, wie Luxemburg, über ein hohes Maß an sozialem Schutz verfügen, diese auch weiterhin garantieren können, ohne dass diese Rechte im Namen des freien Wettbewerbes eingeschränkt werden.

Es muss auch sichergestellt werden, dass die öffentlichen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse gestärkt werden, damit sie hochwertige Dienstleistungen zu erschwinglichen Preisen anbieten.

Die Europäische Union muss auch einen Beitrag zur Erhöhung der Frauenerwerbsquote und ein Ende der Diskriminierung, insbesondere im Bereich der

Löhne und der beruflichen Entwicklung, von Frauen und Männern leisten. Darüber hinaus muss der Dialog zwischen den Sozialpartnern intensiviert und die soziale Dimension gestärkt werden.

16 Europa und die Jugend

Die Zukunft Europas liegt in der Jugend und die Europäische Union muss in die Jugendlichen investieren. Doch wie können sie an ihre Zukunft glauben wenn diese keine Aussicht auf Arbeit und keine Perspektiven bietet. Daher muss die EU in den verschiedenen Politikfelder, einen Beitrag dazu leisten, damit junge Menschen klare Zukunftsperspektiven durch Bildung und Beschäftigung bekommen.

Zwar sind die EU-Mitgliedstaaten in erster Linie dafür verantwortlich in die Ausbildung junger Menschen zu investieren. Aber auch die Europäische Union kann ihren Teil dazu leisten. Die JSL fordern daher, dass die Europäische Union mehr in die Ausbildung der Jugend, insbesondere durch einen Ausbau der Austauschprogramme für Schüler, Studenten, Forscher, aber auch durch Life-long-learning und "re-training" Programme für junge Arbeitslose investiert. Die JSL unterstützen in diesem Zusammenhang auch die Initiative „Universal Erasmus“ für mehr Mobilitätschancen für junge Menschen. Auch sollte aus dem EU-Haushalt ein größerer Teil in die Forschung und Innovation fließen als dies bisher der Fall ist.

17 Europa und soziale Rechte

Andererseits soll auch die Erwerbsquote der älteren Menschen erhöht werden. Die EU muss gegen den Ausschluss dieser Personen vom Arbeitsmarkt vorgehen. Allgemein muss die EU eine größere Aufmerksamkeit gegenüber den benachteiligten oder gefährdeten Personen, wie Jugendlichen, Frauen, älteren Arbeitnehmern und Migranten, die dem Risiko der Ausgrenzung überdurchschnittlich stark ausgesetzt sind, aufbringen. Spezifische Initiativen sollen in Abstimmung mit den Politiken der EU-Mitgliedstaaten ausgearbeitet werden, um dieses Risiko zu vermeiden.

Aber die sozialen Rechte und die Menschenrechte müssen nicht nur innerhalb der Europäischen Union gestärkt werden. Die EU muss ihre Bemühungen um den Schutz der Menschenrechte in Drittländern, insbesondere in den Entwicklungsländern oder den am wenigsten entwickelten Ländern verstärken. Denn allzu oft werden die Rechte der Bürger und die Entwicklung der Wirtschaft und speziell der Landwirtschaft in den

Entwicklungsländern durch die EU-Handelspolitik und die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) beeinträchtigt. Diese Politik trägt zum Elend und Hunger in diesen Ländern bei.

Im Rahmen der EU-Handelspolitik und -Entwicklungspolitik muss die Europäische Union sicherstellen, dass die sozialen Klauseln in den Handelsabkommen mit den Ländern der dritten Welt eingeführt werden. Damit können die sozialen Rechte der Bürger in diesen Ländern verstärkt und die Menschenrechte geschützt werden, und man verhindert Auslagerungen von Unternehmen in Länder, in denen sie wegen der Nichteinhaltung sozialer Grundrechte viel billiger produzieren können.

Gleichzeitig geht es darum, die gemeinsame Agrarpolitik und die Entwicklungsarbeit neu auszurichten, um diese Länder und ihren Bürger bei ihren Bemühungen zur Verbesserung ihrer Situation zu unterstützen. Eine solche Neuorientierung darf sicher nicht zu einem vollständigen Abbau der GAP führen, da dies der Landwirtschaft, der Ernährungssicherheit, der ländlichen Entwicklung und der Situation unsere Landwirte zu sehr schaden würde. Aber es geht darum, die Beihilfen für jene sehr großen landwirtschaftlichen Betriebe und Großgrundbesitzer zu verringern, die die größten Nutznießer der GAP sind, während die KMU (kleine und mittlere Unternehmen) und Familienunternehmen den größten Beitrag zur Entwicklung des ländlichen Raums leisten.

Aber die Europäische Union muss nicht nur im Bereich der sozialen Rechte, sondern auch in Bezug auf den Umwelt- und den Klimaschutz eine führende Rolle spielen.

18 Europa und die Umweltpolitik

Angesichts der Wirtschaftskrise darf der Kampf gegen den Klimawandel auf keinen Fall vernachlässigt werden. Der Lebensstandard und das Wirtschaftswachstum müssen dauerhaft, im Wissen um die Knappheit der verfügbaren Ressourcen, gewährleistet werden. Ebenso muss die Europäische Union gezielt und gemeinsam handeln, um die Sicherheit der Energieversorgung in Europa zu gewährleisten.

Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich verpflichtet, die CO₂ – Emissionen bis 2020 um 20% zu verringern, den Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch in der EU um 20% zu erhöhen und eine Steigerung der Energieeffizienz von 20% zu erreichen. Sie haben sich auf präzise nationale Ziele und auch Mechanismen zu deren Umsetzung geeinigt. Daher ist es jetzt wichtig, dass die

Mitgliedstaaten ihre Verpflichtungen, selbst in Zeiten einer wirtschaftlichen Krise, einhalten und umsetzen. In diesem Zusammenhang trägt die Europäische Union eine große Verantwortung.

Die EU muss weltweit führend sein auf diesem Gebiet und ihre Partnern von der Bedeutung und Dringlichkeit des Handels überzeugen. In diesem Zusammenhang kommt der Konferenz von Kopenhagen im Dezember 2009 große Bedeutung zu. Die Europäische Union muss hier ehrgeizige Ziele vertreten.

Besonders wichtig sind die Diversifizierung der Energieversorgung und die Versorgungssicherheit. Die EU muss erhebliche Anstrengungen in diesem Bereich unternehmen. So muss sie einen noch höheren Beitrag zur Koordinierung der Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz leisten. Der Biotreibstoff kann ein Teil der Lösung sein aber nur sofern er nachhaltig produziert wird.

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Gesellschaft und Wirtschaft immer mehr „carbon free“ werden. Deshalb müssen sich die Mitgliedstaaten zur Festlegung von präzisen Zielvorgaben entschließen. Ehrgeizigere Ziele für die Reduzierung der CO₂-Ausstoßes von Fahrzeugen zum Beispiel, wären ein sinnvoller Anfang.

Die nachhaltige Bewirtschaftung des Wassers, ein besseres Abfallmanagement und eine verantwortungsbewusste und umweltfreundliche Agrarpolitik sollten Teil einer umfassenden EU-Umweltschutzpolitik sein.

19 Europa besser verstehen

Die JSL sind Befürworter der europäischen Integration. Gleichzeitig können wir aber nicht alle Entscheidungen der EU ungeprüft und unkritisch akzeptieren, nur weil sie im Rahmen der EU ausgearbeitet worden sind.

Wir können nicht ignorieren, dass die Mehrheit der Jugendlichen und ein großer Teil der Bürger, gegen den Verfassungsvertrag gestimmt haben. In jeder Demokratie ist es wichtig, dass die Bürger die Entscheidungen, die in ihrem Namen getroffen werden, nachvollziehen können. Daher muss das Funktionieren der EU der Bürgern näher gebracht werden und transparenter werden, damit sich die Bürger stärker an den Debatten beteiligen können.

Aus diesem Grund fordern die JSL seit geraumer Zeit die Trennung der National- und Europawahlen. Auch wenn die Trennung der Listen ein erster Schritt in die richtige Richtung ist, benötigt der demokratische Wahlprozess eine intensive Auseinandersetzung der Bürger mit den verschiedenen, politischen Themen. Deshalb fordern die JSL, auch aufgrund der gebotenen Ehrlichkeit gegenüber dem Wähler, dass der Termin der nächsten Landeswahlen vorgezogen wird um so die Trennung der Wahlgänge zu ermöglichen.

Auch sind die Jungsozialisten der Auffassung, dass der Geschichts- und Bürgerkundeunterricht stärker auf die neuere Geschichte, und insbesondere die der Europäischen Union ausgerichtet werden soll. In diesem Zusammenhang muss die politische Bildung gestärkt werden. Damit die Bürger für die Herausforderungen und Fragen, die sich ihnen schon sehr früh stellen, sensibilisiert werden, muss eine Ausbildung auf diesem Gebiet Teil des Lehrplans sein.

20 Europa und Luxemburg

Die JSL fordern auch die Einführung des 9 Mai, dem Jahrestag der Erklärung von Robert Schuman und Europa-Tag, als Feiertag in Luxemburg und in ganz Europa.

Um es den Bürgern zu ermöglichen, die Debatten des Plenums des Europäischen Parlaments zu verfolgen, sollen diese Debatten auf dem Fernsehkanal "Chamber- TV" übertragen werden.

Darüber müssten sich die nationalen Abgeordneten stärker auf diesem Gebiet einbringen. So soll die Rolle der Abgeordnetenkammer bei der Kontrolle der Positionen und Entscheidungen der Regierung in den verschiedenen Zusammensetzungen des Rates der Europäischen Union verstärkt werden. Die JSL schlagen vor, dass das Parlament die Minister noch regelmäßiger in die zuständigen Ausschüssen einladen sollte.

Die Jusos sind der Meinung, dass Luxemburg viel von der Europäischen Union profitiert hat und dass die Mitgliedschaft Luxemburgs in der EU sehr positiv für unser Land war und noch weiterhin sein wird. Europa bedeutet eine Chance für Luxemburg. Aber gleichzeitig ist es wichtig, dass die EU ihre Bürger schützt und deren soziale Rechte garantiert.

Die JSL sind für ein bürgernahes Europa. Für ein soziales Europa. Für ein Europa, das den sozialen Zusammenhalt stärkt. Für ein Europa des sozialen Dialogs. Für ein Europa der Menschenrechte. Für ein ökologisches Europa. Für ein Europa, das die Umwelt schützt und den Kampf gegen den Klimawandel fördert.

Und dieses Europa kann nur durch ein Europäisches Parlament mit einer sozialistischen Mehrheit und eine Kommission mit sozialistischem Vorsitz gewährleistet werden.

Kapitel 5 Die Jugend am Rande der Gesellschaft

21 Jugendarbeitslosigkeit

Eine qualifizierte Ausbildung und ein zukunftssicherer Arbeitsplatz sind Voraussetzungen für das Vertrauen der jungen Menschen gegenüber der Gesellschaft. Die Jugendarbeitslosigkeit muss mit innovativen und effizienten Maßnahmen bekämpft werden. Deshalb fordern die JSL Anreizsysteme für Betriebe, um jungen Menschen eine Chance zur Ausbildung zu bieten. Jedoch dürfen Auszubildende nicht als billige Aushilfskräfte ausgenutzt werden.

21.1 Reform der ADEM

Auch wenn die ADEM in den letzten Jahren ihren Personalbestand aufgestockt hat, gibt es immer noch Mängel zu beklagen. Die individuelle Orientierung und Betreuung für Arbeitssuchende muss nach Ansicht der JSL unbedingt verbessert werden. Auch sollten bürokratische Hürden überwunden werden. Die Arbeitsangebote der ADEM sollen soweit es möglich ist der Qualifikation des Arbeitssuchenden entsprechen. Arbeitssuchende sollen gezielter auf Arbeitsstellen orientiert werden, das Profil der Arbeit muss den Fähigkeiten des Arbeitslosen entsprechen. Junge Menschen, die sich in einer CAE oder CIE Maßnahme befinden, verschönern zwar die Statistiken für den zuständigen Arbeitsminister, jedoch weisen die JSL darauf hin, dass diese nicht fest eingestellt sind. Auch hier gilt es bis zum festen Arbeitskontrakt, eine kontinuierliche Betreuung anzubieten.

21.2 Ausbildung mit Zukunft

Bildung entscheidet über die Zukunft von jungen Menschen, und ist somit eine der größten sozialen Herausforderungen unserer Gesellschaft. Die JSL setzen sich für eine einheitliche Bildung für alle ein. Unabhängig vom sozialen Status der Familie sollen jedem Kind die gleichen Bildungschancen garantiert werden. Die Ausbildung muss zeitgemäß an den Arbeitsmarkt angepasst werden. Die Märkte der Zukunft müssen stärker in die Berufsbilder miteinbezogen werden. Wir brauchen eine Kultur der zweiten Chance. Es soll gestattet sein, zu jedem Zeitpunkt in seinem Leben Schulabschlüsse gebührenfrei nachzuholen und berufliche Abschlüsse zu erwerben.

22 Ausgrenzung junger Menschen

22.1 Armutsrisiko

Armut ist mehrdimensional und sowohl als materielle wie auch als immaterielle Problemlage zu verstehen. Neben der Einkommenssituation der Familie muss zugleich die Lebenslage des Jugendlichen in Betracht gezogen werden. Eine aktuelle Studie des CEPS¹ hat gezeigt, dass unter den jungen Erwachsenen, die in Obdachlosigkeit leben und der sozialen Ausgrenzung unterliegen, die Mehrheit im Alter zwischen 18 und 34 Jahren sind. Sie halten sich meistens nachts in Wohnheimen auf oder in speziell betreuten Unterkünften und nur wenige verfügen über ausreichende finanzielle Mittel. Die Gründe für ihre prekäre sozioökonomische Situation sind verschieden: Es handelt sich um Schulabbrecher mit fehlender oder unzureichender Qualifikation und einhergehender Beschäftigungsunfähigkeit, auch das Auseinanderbrechen der Familie sowie das Fehlen von Zukunftsperspektiven trägt dazu bei.

Um eine erfolgreiche Armutsbekämpfung durchzuführen, weisen die Jungsozialisten drauf hin, dass verschiedene Formen der Unterstützung, finanzielle Mittel sowie Beratungsstellen und öffentliche Hilfseinrichtungen, in ausreichendem Maße vorhanden sein und eingesetzt werden müssen. Es gilt Maßnahmen unterschiedlichster Art zur Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen der Jugendlichen, zu ergreifen. Den jungen Menschen aus von Armut betroffenen Haushalten bleibt in den meisten Fällen, eine vollständige Integration und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verwehrt.

¹ L'exclusion liée au logement, CEPS/Insead, Februar 2007

Angesichts der sozialen Schutzbedürftigkeit und um das Armutsrisiko zu verringern, brauchen die betroffenen Jugendlichen eine substantielle Unterstützung und Betreuung. In diesem Sinne liegt der Schlüssel zur Überwindung der Armut für die JSL im Zugang zur Weiterbildung, im bezahlbaren Wohnraum, in der Gesundheit und sozialen Sicherheit, in der Kultur und Zivilgesellschaft.

Soziale Dienste wie die „Action locale pour Jeunes“ oder die verschiedenen Verträge zur Wiedereingliederung in die Arbeitswelt sind für die Jugendlichen unter 25 Jahren, die kein RMG beziehen, sicher eine Hilfe zur Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage. Sie verhelfen ihnen jedoch nicht zum Zugang eines eigenen Einkommens. Die verschiedenen Ausbildungen, die für Schulabbrecher angeboten werden, erhöhen kaum die Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigungsfähigkeit der Jugendlichen. Für die JSL müssen diese Schulungen den Jugendlichen eine solide Wissensgrundlage vermitteln, damit sie auf dem Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig sind und in der Arbeitswelt wieder Fuß fassen können.

Angesichts der hohen Zahl der Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, treten die JSL für die Idee der „école de la deuxième chance“ ein, eine Institution, die speziell auf die Bedürfnisse solcher Jugendlichen eingeht. Sie steigert somit, neben ihrer pädagogischen und ausbildungstechnischen Funktion, ihr Selbstwertgefühl.

Die Politik ist aufgefordert, den Bürgern wieder zu mehr Kaufkraft mit entsprechenden Instrumenten zu verhelfen, etwa durch die konsequente Bekämpfung der Inflation, die automatische Lohnindexierung und bezahlbaren Wohnraum. Beratung ist ein sehr wichtiger Bestandteil, um Menschen aus der Armut herauszuhelfen oder ihr Risiko, in Armut abzurutschen, zu minimieren.

Ein Diplom in der Hand ist heutzutage keine Garantie mehr, einen festen Arbeitsplatz zu erhalten. Viele Jugendliche finden auch nach ihrem Abschluss keine Stelle. Junge Arbeitnehmer sind leicht zu ersetzen, das mit sich bringt, dass sie, vor allem in der Anfangszeit, einem enormen Druck ausgesetzt. Der Staat und die privaten Unternehmen müssen ihre Verantwortung wahrnehmen. Mehr Arbeitsplätze müssen geschaffen werden, besonders für junge Menschen ohne Ausbildung, um diese in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Auch soll die Unterstützung für Jugendliche mit Schwierigkeiten ausgebaut werden.

22.2 Jugendgewalt

Auch in Luxemburg ist Jugendgewalt in den letzten Jahren zum Thema geworden. Für die JSL ist klar, dass Gewalt, ob sie nun von Jugendlichen ausgeht oder nicht, inakzeptabel ist und bekämpft werden muss. Um dies zu erreichen, muss den Ursachen von Gewalt nachhaltig entgegengewirkt werden. Die Jungsozialisten machen darauf aufmerksam, dass Gewalt immer Ursachen hat. Es gibt sehr viele Faktoren, die Einfluss darauf haben, ob jemand im frühen Alter zum Gewalttäter und Kriminellen wird. Es braucht mehr als neue Gefängnisse und Erziehungsheime, um mit dem Problem Jugendkriminalität umzugehen. Ausgrenzung und Abschiebung lösen es nicht, sie kaschieren es nur.

Die JSL stellen mit Bedauern fest, dass Sozialhilfe oft erst dann in Anspruch genommen wird, wenn Jugendliche sich bereits in prekären Lebenssituationen befinden und schwerwiegende Folgen entstanden sind. Junge Menschen dürfen nicht im Stich gelassen werden. Jugendarbeit wie Streetwork soll in den Orten und Stadtviertel ausgebaut werden, in denen es notwendig ist. Sozialarbeiter sollen sich zu den Jugendlichen begeben, die aus vorhandenen Hilfsstrukturen herausgefallen sind.

Weitere Sorgen bereiten den Jungsozialisten, die mangelnde Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Die Anstrengungen zur Integration von jungen Einwanderern müssen intensiviert werden. Den Jugendlichen sollen kostenlose Integrations- und Sprachkurse angeboten werden, die auf sie abgestimmt sind. Jugendgewalt darf nicht als Ausländerproblem abgestempelt werden und ist für die JSL kein Migrationsproblem, sondern eher als Resultat ungenügender Förderung und Unterstützung von jungen Menschen aus sozial schwachen Schichten.

22.3 Minderjährige Obdachlose - Wenn die Straße zum Zuhause wird

Auch in unserem wohlhabenden Luxemburg gibt es Minderjährige, die auf der Strasse leben. Es gibt keine verlässlichen Daten darüber, wie viele von ihnen ohne ein Dach über dem Kopf in Luxemburg leben. Die Gründe, die eine Person zum Obdachlosen machen, sind vielfältig. Entweder sind sie von zu Hause weggelaufen oder sie wurden von ihren Eltern rausgeworfen, andere waren in einem Heim untergebracht. Ausgrenzung, Drogenkonsum, Prostitution und sexuelle Gewalt sind nicht selten an der Tagesordnung. Materielle Not dagegen ist selten ein Auslöser dafür, dass ein Jugendlicher das Leben zu Hause nicht mehr aushält. Meistens stecken zerstörte

familiäre Bindungen, häusliche Gewalt und emotionale Verelendung und Vernachlässigung hinter der Flucht auf die Straße.

Obwohl sich das Familienministerium dieser Tatsache bewusst ist, wurden keine effizienten Maßnahmen angestrebt um diesen jungen Obdachlosen zu helfen und sie wieder in die Gesellschaft zu integrieren.

Nach wie vor gibt es keine Unterbringungsmöglichkeit, die ausschließlich für minderjährige Obdachlose bestimmt ist. Die bestehenden Strukturen, wie bsw. das Obdachlosenheim „Foyer Ulysse“, richtet sich an Erwachsene. Viele dieser Minderjährigen wissen zudem, dass ihr Aufenthaltsort unverzüglich ihren Erziehungsberechtigten gemeldet wird. Um sich dem zu entziehen und um nicht gezwungen zu werden, in das für sie unerträgliche Lebensumfeld zurückzukehren, halten sie sich tagsüber auf der Straße auf und übernachten in diversen Schlupfwinkeln.

Die Jusos fordern eine spezielle Einrichtung für obdachlose Jugendliche. Diese Struktur soll 24 Stunden täglich und 7 Tage die Woche für junge Obdachlose geöffnet sein. Ziel einer solchen Struktur soll sein, die Minderjährigen wieder in ein eigenes geregeltes Leben zurückzuführen oder sie in einer adäquaten Struktur unterzubringen. Maximal 3 Monate lang dürfte sich ein Obdachloser zwischen 14 und 18 Jahren in der Notschlafstelle aufhalten. Eine Betreuung rund um die Uhr, durch qualifiziertes Personal muss garantiert sein. In Zusammenarbeit mit allen möglichen Akteuren soll mit den jungen Obdachlosen gemeinsam ein Plan aufgestellt werden, der ihnen bessere und neue Perspektiven bietet. Zudem würden die Jungsozialisten es begrüßen, wenn weitere Strukturen geschaffen werden, die gezielt auf die Notsituationen von jungen Menschen eingehen. Betreutes Wohnen für Jugendliche könnte eine Alternative sein.

Die JSL weisen drauf hin, dass minderjährigen Obdachlosen geholfen werden kann, indem sie als Individuum respektiert werden.

22.4 Minderjährige im Gefängnis

Die Unterbringung von Minderjährigen im Gefängnis von Schrässig verurteilen die Jusos scharf. Dabei hatte das Parlament schon vor 10 Jahren die Schaffung einer jugendgerechten Betreuungsstruktur angekündigt. Scheinbar ohne Resultat und

Einfluss auf den zuständigen Justizminister. Aus dem Gutachten der Menschenrechtskommission und des ORK vom vergangenen Jahr, geht hervor, dass zuletzt 21 Jugendliche über mehrere Monate hinweg in Schrässig untergebracht waren. Eine solche Strafanstalt ist absolut kein angemessener Ort, um sich umfangreich und angemessen um junge Menschen zu kümmern.

Es muss so weit wie möglich verhindert werden, dass junge Menschen eingesperrt werden. Wenn allerdings Jugendliche vom Jugendrichter in ihrer Freiheit eingeschränkt und in eine Haftanstalt überführt werden, darf dies nur dann erfolgen, wenn die Zeit in dieser Anstalt dazu benutzt wird, durch sinnvolle Maßnahmen den Jugendlichen zur Resozialisierung in die Gesellschaft geholfen wird und präventiv auf sie eingewirkt wird.

Es ist unzulässig, Jugendliche auch nur vorübergehend in einem Erwachsenengefängnis unterzubringen, bis ein geeignetes Heim oder irgendwann eine adäquate Jugendstruktur erbaut ist. Auch im Sinne einer kurzfristigen Überbrückung einer Notsituation lehnen die JSL diese Praxis ab. Nur weil noch immer keine passende Institution errichtet wurde, dürfen die jungen Menschen nicht wochen- oder monatelang in einer Strafanstalt für Erwachsene festgehalten werden.

Auch sollen die jungen Straftäter täglich die Gelegenheit haben, neben ihrer Schulpflicht, sich mindestens 2 Stunden körperlich zu betätigen. Sie sollen mit sinnvollen Arbeiten beschäftigt werden. Wenn die Chancen des Freiheitsentzugs nicht genutzt werden, um auf den Jugendlichen positiv einzuwirken, ist ein Rückfall mit Sicherheit vorprogrammiert. Darum ist für die JSL die pädagogische, soziale und psychologische Betreuung von großer Wichtigkeit. Kleinere Strukturen sollen geschaffen werden, um die spezifischen Probleme der Jugendlichen besser berücksichtigen zu können und um zu verhindern, dass Opfer und Täter in der gleichen Institution untergebracht sind.

22.5 Eine angemessene psychiatrische Behandlung für Jugendliche

Die Jungsozialisten unterstützen Einrichtungen, wie die psychiatrische Klinik für Jugendliche auf dem Kirchberg. Jedoch ist mit Bedauern festzustellen, dass hier nur 15 Betten zur Verfügung stehen. Zudem werden nicht selten die jungen Patienten, trotz ihren verschiedenen Erkrankungen und Problemen in ein Zimmer zusammengelegt. Trotz einer Verbesserung von sozialen Betreuungseinrichtungen für

Jugendliche in den letzten Jahren, nimmt die Zahl psychisch erkrankten jungen Menschen stetig zu. Aus dem letzten Bericht des ORK, ist zu entnehmen, dass pro Jahr etwa 2000 Kinder und Jugendliche bis 13 Jahren in psychiatrischer Behandlung sind.

Eine Ergänzung im ambulanten Bereich und eine Einrichtung einer externen Tagesklinik müssen geschaffen werden, um dieser jugendlichen Patientengruppe eine altersadäquate und spezialisierte jugendpsychiatrische Behandlung zu kommen zu lassen, die sich an den Bedürfnissen ihrer Adoleszenz orientiert.

In unserer heutigen Gesellschaft wird uns durch die Medien ein Schönheitsbild vermittelt, welches nicht der Realität entspricht. Oft sind gerade junge Mädchen diesem Schönheitswahn verfallen und eifern einem künstlich erzeugtem Ideal hinterher, das nicht selten in einer Essstörung, wie Anorexie oder Bulimie endet. Betroffene haben in Luxemburg nur sehr wenige Möglichkeiten ihre Krankheit mit Hilfe einer Therapie zu bekämpfen, weshalb der größte Teil der Betroffenen sich im Ausland behandeln lässt und die Kosten einer solchen Behandlung selber tragen muss. Die Jungsozialisten fordern deshalb mehr Therapieplätze für Menschen mit Essstörungen und Teilzurückerstattung von der Gesundheitskasse. Auch können die Jusos sich vorstellen, dass gezielter in der Schule und in Jugendeinrichtungen Sensibilisierungskampagnen durchgeführt werden.